Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschließ Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Sechsundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 84. Halle a. S., Dienstag, den 20. Februar. 1912.

Mb. Deutscher Reichstag.

9. Sitzung, Montag, den 19. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Delbrück, Wermuth, Lisco, Krause, v. Heeringen, v. Kiderlen u. a.

Auf den Tisch des Präsidenten haben neben die Glocke die Schriftführer zu Ehren des 70. Geburtstages des Präsidenten einen Fliederstrauß gelegt.

Präsident Kämpf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. mit Dankesworten an die Schriftführer. (Beifall.)

Die Generaldebatte zum Etat.

(Fünfter Tag.)

Abg. Graf Edler Herr zu Putlitz (Kons.):

Die Gesundung der Finanzen ist von allen Parteirednern anerkannt worden. Auch von Herrn v. Payer, nur daß er sich mit den Geldquellen nicht einverstanden erklärte. Vor dem Finanzprogramm der Volkspartei findet keine Steuer Gnade, eine ist immer ungerechter als die andere. Ja, woher soll das Geld für die Bedürfnisse des Reiches kommen? Die Erbschaftssteuer hat bei der Volkspartei erst Gnade gefunden, nachdem sie zu einer politischen Frage erhoben worden ist. (Sehr richtig! rechts.) Sie ist aber dazu aufgebauscht worden nicht durch uns, sondern gegen uns. (Sehr richtig! rechts.) Wir hatten erwartet, daß die auf die Finanzreform gehäuften Angriffe rechtzeitig wirksam zurückgewiesen worden wären. Die Behauptung von dem unsozialen Charakter der Finanzreform richtet sich ebenso wie gegen uns gegen die Regierung. (Sehr wahr! rechts.) Tatsache ist, daß die bewilligten Steuern mehr Geld gebracht haben als es die Erbschaftssteuer getan hätte. (Sehr richtig!) Mit Rücksicht auf die Ausführungen des Schatzsekretärs habe ich im Auftrage meiner Fraktion zu erklären, um Mißverständnisse zu vermeiden, daß wir an unserer ablehnenden Haltung mit Entschiedenheit beharren und uns davon nicht werden abbringen lassen. (Hört! Hört!)

Die Rede des Abg. Ledebour hat uns die Erbschaftssteuer ganz gewiß nicht schmackhafter gemacht. Nun die politische Lage, die Zunahme der Sozialdemokratie. Trotz aller Mißstände, die von allen Parteien zur Sprache gebracht wurden, ist doch ein außerordentlicher Fortschritt auf allen Gebieten erzielt worden, wie in keinem anderen Lande. In der Presse der Linken und auch hier wird es so dargestellt, daß das Bürgertum gar nichts zu sagen habe. Das ist doch nicht richtig; die Liberalen müßten uns dankbar sein dafür, daß wir in so vielen Beziehungen liberale Grundsätze in die Gesetzgebung eingeführt haben. Notwendig ist eine Einheitlichkeit der Regierung, ist das feste Gefüge von Staat und Reich. Wir sind der Thronrede dankbar und danken dem Reichskanzler, daß er sich zu dem gleichen Grundsatz hier ausdrücklich bekannt hat. (Beifall rechts.) Ich kann ihm die Versicherung geben, daß er bei diesen Bestrebungen auf unseren Beifall rechnen darf. (Beifall rechts, Lachen links.) Ihr Lachen wird das nicht ändern. Die Kundgebung des Nationalliberalen Vereins in Bielefeld, und höher als die Theorie steht Staat und Gesellschaft — ist uns aus dem Herzen gesprochen, und wir wünschen dringend, daß die bürgerliche Gesellschaft sich der Gefahr bewußt wird. Die Volkspartei hat sich in der letzten Zeit der Staatsautorität gegenüber ablehnend verhalten. Was die Sozialdemokratie — wenn auch nur ein Teil der 4¼ Millionen Stimmen — will, bedeutet die Vernichtung der gesamten deutschen Kultur. (Sehr wahr! rechts.)

Das wirtschaftliche Leben der Arbeiterschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten ja ganz außerordentlich gehoben. Mit Zunahme der politischen Reife wird sicher ein Teil der Mitläufer die Konsequenzen daraus ziehen. Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen beruht in der Hauptsache auf der Einwirkung der öffentlichen Meinung, die von der Mauerung sprach, von der Erziehung zur Mitarbeit. Gewiß, sie werden mitarbeiten, aber in der Absicht, ihre eigenen Ziele dabei zu verwirklichen. (Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erscheint.) Die Rede des Herrn v. Payer hat meine Ansicht, die ich schon in der Blockära hatte, bestätigt, daß ein Teil der Freisinnigen lieber mit den Sozialdemokraten als mit den bürgerlichen Parteien zusammengeht. Die Sozialdemokratie ändert sich nicht, außer für den Augenblick aus taktischen Gründen. Herr Junck hat erklärt, daß seine Fraktion in ihrer überwiegenden Mehrheit einen Sozialdemokraten im Präsidium für angemessen halte. Es ist eine Begriffsverwirrung in einen Teil der bürgerlichen Kreise eingezogen. (Lebh. Beifall rechts.) Nichts hat die Sozialdemokratie und ihre Organisation so gestärkt wie die Haltung dieser bürgerlichen Kreise im Wahlkampfe; sie sind wahrhafte Schrittmacher der Sozialdemokratie. Das Problem der Mittelstandspolitik, des Schutzes der selbständigen Existenzen, hat erfreulicherweise jetzt auch auf der Linken Eingang gefunden, bei den Nationalliberalen. Die Sozialpolitik wird weitergeführt werden; wir treiben sie nicht um der Sozialdemokratie willen, sondern weil wir das Wohl der arbeitenden Klassen im Auge haben. Was die Zölle anlangt, so kann ich gegenüber den Behauptungen der Linken bestimmt erklären, daß weder von den Konservativen noch vom Bund der Landwirte eine Erhöhung der Getreidezölle verlangt worden ist. (Zustimmung und Hört, hört! rechts.)

Die Liebesgabe ist keine agrarische Forderung (Lachen links.) Erkundigen Sie sich, ihre Beseitigung scheitert an dem Widerspruch der süddeutschen Regierung. Wenn die liberalen Forderungen: Ministerverantwortlichkeit, parlamentarische Regierung, neue Wahlkreiseinteilung durchgeführt werden, so würde die Macht der Sozialdemokratie gewaltig gestärkt werden. In welchem Land der Welt hat der Parlamentarismus günstig gewirkt? (Lachen links, Zuruf: England!) In England war er bis jetzt in den Händen zweier großer aristokratischer Parteien; sehen Sie aber die anderen Länder! Am letzten Ende wird die Sozialdemokratie an ihrem eigenen Programm zugrunde gehen. (Lachen der Soz.). Die zunehmende politische Reife und die christlichen und die nationalen Stimmungen werden im Volke sich schließlich geltend machen. Da ist es aber notwendig, daß der Staat der Agitation der Sozialdemokratie seine Autorität entgegenstellt, und daß auch die bürgerliche Gesellschaft ihre Haltung ändere. Der Rausch an der großen Stimmenzahl wird dann aufhören. Auf monarchischem Standpunkt müssen unter Hintansetzung der trennenden Gesichtspunkte die bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Pansche (Natl.):

Von politischer Bedeutung war wohl die Erklärung des Vorredners, daß sie die Erbschaftssteuer unter allen Umständen ablehnen und sich von diesem Standpunkt nicht abbringen lassen werden. Das erklärt er namens seiner Partei, obwohl er noch nicht weiß, welch ein Aussehen die Vorlage haben wird. Auch das Zentrum hat ein Niemals gesprochen; nun, diese Partei hat bisher noch immer verstanden, sich eine Türe offen zu halten (Heiterkeit). Ich nehme an, daß zur rechten Zeit Ihr patriotischer Geist erwachen und sich über doktrinäre Erwägungen und Gegensätze hinwegsetzen wird (Unruhe rechts. Rufe links: Abwarten!)

Das Wort vom lückenlosen Zolltarif ist wieder laut geworden. Mit diesem Schlagwort haben vor neun Jahren die Agrarier, die Führer des Bundes der Landwirte, auch gegen die Konservativen gehetzt. Herr v. Kröcher zog damals sehr scharf gegen Dr. Hahn und Roesicke los. Auch uns warf man vor, wir wären nicht landwirtschaftlichfreundlich, weil wir diese Lückenlosigkeit nicht mitmachten. Jetzt ist man auch auf der anderen Seite bescheidener geworden. Wenn aber von extremer Seite diese Forderung wieder vertreten wird (Abg. v. Heydebrand: Wir denken nicht daran!), dann wird das nur die Reihen der äußersten Linken stärken. Nun erklären sich die Agrarier bereit, auf Liebesgaben zu verzichten. Natürlich, sie haben ja die Spirituszentrale. Die Liebesgaben würden eben auf andere Weise bezahlt werden. Der Konsument müßte weiter zahlen.

Gegen Herrn Wermuth sind ziemlich lebhafte Angriffe gerichtet worden. Ich muß mich ohne weiteres auf seine Seite stellen. Man sieht: Es steht ein Mann an der Spitze der Finanzverwaltung, der aus der Vergangenheit gelernt hat und die bisherige Bankrottwirtschaft nicht mehr mitmacht. Er ist auf dem richtigen Wege. Der Redner gibt eine drastische Schilderung von der Entwicklung der Schuldenwirtschaft. Wenn wir jetzt einen Staatssekreätram Ruder haben, der fest auf dem Standpunkt steht, und den Mut hat, so kann es nicht weiter gehen — ich meine, die Herren vom Zentrum können unmöglich ihm im Stiche lassen, wieder abgehen von der Erfüllung des Schuldentilgungsgesetzes. Gerade das Zentrum hat mit uns damals das drei Fünftel Prozent Tilgung auf ein volles Prozent erhöht. Viereinhalb Milliarden Schulden für nicht werbende Zwecke — und was damit beschafft wurde, ist zum großen Teil vergangen, verkommen, verdorrt, verrottet, verloren, verfault! Da fangen Sie wenigstens an mit der zahmen Tilgung von 1 Prozent! Die Matrikularbeiträge sollten eine bewegliche Einnahme sein, heute sind sie eine feste Rente. Die Einzelstaaten haben jetzt deshalb gar kein Interesse daran, wie der Reichsetat aufgestellt wird: Das einzige Bewegliche bei uns ist noch die Schuldentilgung. (Zuruf: Außer dieser Ihrer Klage!)

Hat die Erbanfallsteuer Schwächen und Ungerechtigkeiten; ja, gibt es Steuern, die sie nicht haben? Wenn Sie meinen, daß nicht nur der Grundbesitz sich der Steuer entzieht, nun so helfen Sie uns; wir denken ja gar nicht daran, das mobile Kapital der Steuer entziehen zu wollen. Ich verdenke Ihnen ja gar nicht, daß Ihnen die Erbschaftssteuer, nachdem Sie sie so bekämpft haben, unangenehm ist; aber sich hinzustellen als die Parteien, die so große Opfer bei der Finanzreform gebracht haben, das geht doch über das Zulässige hinaus! (Lebhafter Beifall, links. Unruhe im Zentrum und rechts.) Das ist einfach nicht wahr. Die großen Opfer, die Sie gebracht haben, haben Sie gebracht aus anderer Leute Taschen (lebhafte Zustimmung links, Unruhe rechts und im Zentrum) und die Herren Hochagrarier usw. haben sich um die Steuer gedrückt und haben die großen Opfer nicht getragen. (Zuruf rechts: Wer hat sie getragen?) Die kleinen Leute, die die Zündholzsteuer bezahlen müssen (Zuruf rechts: Börsensteuer!), die Börse, die drückt Sie gewiß doch auch nicht, da freuen Sie sich darüber. Da sind Sie ja stolz darauf, daß Sie anderen Leuten was aufgepackt haben; auch diese Umsatzsteuer trifft nicht die besitzenden Klassen.

Dem Reichskanzler machen wir zum Vorwurf, daß er das, was er Ihnen jetzt gesagt hat, warum er — im stenographischen Bericht es ganz fett und dick gedruckt — die Ablehnung der Erbschaftssteuer nicht verteidigt hat, nicht schon vor den Wahlen gesagt hat. (Lebhafter Beifall links.) Wir waren die Vertreter der Vorschläge der verbündeten Regierungen, die sie auch heute noch für richtig hält. (Sehr richtig! rechts.) Und Sie haben dann so getan, als ob wir die gewesen wären, die die Regierung im Stich gelassen hätten. Nein, was die Regierung damals mit aller Beredtsamkeit vertreten hat, ist auch heute noch unser Programm, und die „Norddeutsche Allgemeine" hätte in ihren großen Spalten recht gut Platz haben können für die Erklärung, daß die Regierung es mißbilligt, daß Zentrum und Konservative die Erbschaftssteuer zu Fall gebracht haben. Dann wäre es im Wahlkampfe viel ruhiger zugegangen. Manches wäre anders gewesen, aber es ist gar keine Rede davon, daß die Finanzreform etwa eine herrliche nationale Tat ist.

Nun hat der Reichskanzler behauptet, wir hätten über die sozialdemokratischen Siege gejubelt. Er hat keinen Beweis für diese Behauptung erbracht. Gejubelt haben einige entschieden oder ganz entschieden Liberale, aber ich kenne kein nationalliberales Blatt, das die sozialdemokratische Erfolge bejubelt hätte. Wir standen ja überall im schärfsten Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Wir waren ja fast nur mit Sozialdemokraten in Stichwahl. Weshalb sollten wir da jubeln? Wir hätten zehnmal mehr gejubelt, wenn die Sozialdemokraten bei 80 Mandaten stehen geblieben wären, und wir auf 120 gekommen wären. (Große Heiterkeit.) Der Reichskanzler behauptete, wir wären nach links gerückt. Dagegen muß ich für meine Fraktion entschieden Widerspruch erheben. (Lachen rechts.) Können Sie selbst diese ernsten und wichtigen Fragen nicht mit der nötigen Ruhe behandeln? Wir haben nicht daran gedacht, im Wahlkampfe auch nur einen Finger breit der Sozialdemokratie entgegenzukommen und nach links zu rücken. Wir haben wie sie gegen die umstürzlerische Partei gekämpft.

Wir alle sind für eine scharfe Trennung von der Sozialdemokratie. Wir kämpfen für die gesunde innerliche Entwicklung der bestehenden Staatsordnung, für Monarchie und Kaiserreich, für alle nationalen Güter. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.) Wir sind immer für die nationalen Güter eingetreten, in vielen Fäuen mehr als die Parteien der Rechten. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Wir waren immer im Gegensatz zur Sozialdemokratie und werden das auch weiter sein. Und wenn wir in der Taktik den bisherigen Wahlkampf anders geführt haben als früher, dann haben wir nur das getan, was Sie von der Rechten auch getan haben. Wenn Graf Westarp sagte, daß derjenige ein Schrittmacher der Sozialdemokratie sei, der in der Stichwahl einem Sozialdemokraten zum Siege verholfen habe, dann sind Sie von der Rechten dreimal so viel Schrittmacher als wir. (Lebhafte Zustimmung links.)

Sie können uns nur nachweisen, daß in der Wahlkreisen der Sozialdemokrat mit nationalliberaler Hilfe gewählt worden ist. Die Konservativen aber haben 12 Mandate von bürgerlichen Parteien entrissen und den Sozialdemokraten zugeschanzt. (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Lib.) Fünf Mandate haben die Agrarier den Welfen ausgeliefert. (Erneutes Hört! Hört! bei den Lib.) Sind die Welfen etwa besonders treue Freunde der preußischen Monarchie? Sie nennen uns rosarot, weil wir vier Sozialdemokraten gegen drei Zentrumsleute und einen Bündler durchgeholfen haben. Sie haben ein ganzes Dutzend Sozialdemokraten und ein halbes Dutzend Welfen zum Siege geführt, Sie sind also nicht rosarot, sondern dunkelrot angestrichen. (Heiterkeit links.) Es würde viel Schmutzwasser geben, wenn wir das alles bis ins Einzelne festlegen wollten. Die Konservativen sind nicht mehr das, was sie 1907 waren. Sie sind auch abgerückt, aber ins Reaktionäre. Ein verständiger maßvoller Konservativismus, der das Bestehende und Bewährte erhalten wird, ist völlig berechtigt. Aber wir hatten nicht mit diesem Konservativismus zu kämpfen, sondern mit dem des Herrn v. Heydebrand, des Dr. Hahn. Das war eine ganz andere Nummer. (Heiterkeit.) Das war die engste Verbrüderung mit dem Zentrum. Der Schluß eine unerhörte Tonart an. Der verfolgte rein materielle Interessen. Zugleich aber spielte er sich als Vertreter des Christentums und der christlichen Weltanschauung auf, im Gegensatz zu dem Materialismus und den liberalen Parteien. (Heiterkeit links.)

Sie riefen bei Ihrer Gründung den christlichen Geist zum sich herab, um zu kämpfen gegen eine materialistische Interessenvertretung, und jetzt sind Sie eine christliche Organisation gegen den Materialismus der liberalen Partei. Es wurde sogar behauptet: Der Materialismus ist der Freihandel im Gegensatz zum — Christentum! (Heiterkeit links.) Wie haben nun die Herren unter dem Banner des Christentums gegen den Materialismus gekämpft? Bei einer Wahlversammlung in meinem Kreuznacher Wahlkreise sagte der Zentrumsredner: „Ich glaube an den Allmächtigen Gott und seinen Sohn Jesus Christus — das ist mein politisches Glaubensbekenntnis!" Bei einer solchen Kampfesweise, bei einer solchen Verwendung der Religion zu politischen Zwecken muß einem anständigen Menschen der Ekel kommen. (Sehr richtig! links. Unruhe im Zentrum.) Darauf müßte der Reichskanzler einen Teil seiner Kritik anwenden und nicht auf uns, weil wir in der Stichwahl manchmal mit den Sozialdemokraten zusammengestimmt haben.

Dr. Paasche spricht über die Präsidentenwahl. Warum soll der Reichskanzler nicht auch hier seine Kritik ausüben? Wir kritisieren ja auch die Ernennung manchen Ministers und haben z. B. kritisiert, als ein Kavallerieoeneral zum Staatssekretär des Reichspostamtes ernannt wurde. Aber ich glaube, daß der Kanzler in seiner Kritik ein wenig zu weit gegangen ist; und wenn er nachher meinte, wir hätten einen Präsidenten gewählt, der Worte gegen das Kaiserhaus gebraucht hätte, die nicht vergessen werden könnten, als ob wir Herrn Scheidemann in voller Kenntnis und als Antwort auf die maßvoll gehaltene Thronrede, die ich vollständig anerkenne, gewählt hätten, so möchte ich ihn fragen, ob er, wenn ihm der Name Scheidemann plötzlich genannt worden wäre, gewußt hätte, was er einmal gesagt hat. (Ohol rechts.) Ja, meine Herren, recht wenige von uns hatten das im Gedächtnis. Wie geht denn die Sache zu: Wenn der Präsident gewählt werden soll, so schlägt die Partei einen Namen vor, und es ist üblich, ihn zu wählen. Kaum einer von uns hat an jene Aeußerung gedacht. Und vielleicht auch die Sozialdemokraten selber nicht. Jedenfalls hat von uns, als wir für Herrn Scheidemann gestimmt haben, keiner an jene Aeußerung gedacht. Jetzt sehen wir seine Wahl als Tatsache an. Jetzt kann man sich auf der Rechten — und auch aus dem Lande sind viele Kundgebungen gekommen — nicht genug tun, um uns antinationale, revolutionäre und andere Beweggründe unterzuschieben, als ob wir dagu etwas beitragen wollten.

Redner schildert die Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion und betont, daß Bebel ausdrücklich erklärt habe, die Partei würde alle staatsrechtlichen Verpflichtungen des Präsidenten ordnungsmäßig erfüllen und so namentlich bei Verhindeung des Präsidenten nötigenfalls das Kaiserhoch ausbringen und zum Kaiser gehen. (Lachen rechts.) Das war den Herren vom Zentrum nicht genug und darum wollten sie nicht ins Präsidium eintreten. Hat nicht die Sozialdemokratie ein Recht, im Präsidium vertreten zu sein? Sie ist die stärkste Fraktion im Hause. Sozialdemokraten sind schon längst Vorsitzende von Abteilungen, von Kommissionen. Daneben sitzt der Minister, die Bundesratsbevollmächtigten, bitten den Vorsitzenden ums Wort, führen unter seiner Leitung die Verhandlungen. (Abg. Dr. Arendt ruft: 1903 war es aber anders!) 1903 ist die Frage gar nicht an uns herangetreten; damals hat die Sozialdemokratie selbst nicht verlangt, einen Präsidenten zu stellen. Ich erinnere Sie an das Wort Bismarcks: er halte es für einen großen taktischen Fehler der bürgerlichen Fraktionen, nicht darauf bestanden zu haben, daß die Sozialdemokraten als nächststärkste Fraktion nach dem Zentrum einen Präsidenten stellten. (Hört, hört! links.) Halten Sie das etwa für einen schlechten Witz? Gerade im Interesse der geordneten Geschäftsführung sollten auch Sie diesen Standpunkt teilen.

Graf Posadowsky hat erfreuliche Bemerkungen über den diplomatischen Dienst getan. Aus dem Munde eines Mannes, der so lange mit hervorragender Sachkunde die Geschäfte des Reiches mitgeleitet hat, als Stellvertreter des Reichskanzlers, hören wir, daß eine andere Auswahl und Vorbildung der Diplomaten notwendig ist. Wenn wir dasselbe sagen, erwiderte man uns von der Rechten: Was versteht ihr vom diplomatischen Dienst. Und hier unterstreicht nun ein Sachverständiger dick das, was meine politischen Freunde betont haben, daß, wo es sich heute um wirtschaftliche Interessen von Volk zu Volk handelt, nicht vor allem auf allerhöchste Eleganz und Tennisspiel und was sonst dazu gehört, ankommt, sondern darauf, daß unsere Diplomaten in volkswirtschaftlichen und wirtschaftlichen Dingen so vorgebildet sind, daß sie die Interessen der deutschen Industrie und Volkswirtschaft wahren können. (Beifall links.) Ich knüpfe an die Worte, die der Reichskanzler — wir haben uns gewiß alle darüber gefreut — über die Anbahnungen besserer Beziehungen zu England gesagt hat. Aber man sollte doch nicht zu große Hoffnungen auf diesen Besuch des Kriegsministers setzen. (Sehr richtig!)

Ich glaube, wir haben ein gutes Recht zu gemischten Gefühlen; denn daß uns Albion — ich will das übliche Epiteton hier nicht anwenden — Wohltaten anbietet ohne Hintergedanken, daran glauben wir nicht. (Sehr richtig.) Und ich glaube, die Geschichte der letzten Jahre hat das deutsche Volk doch gelehrt, an das Wort zu denken: Timeo Danaos et dona ferentes. Die Enthüllungen über die Kriegsbereitschaft der englischen Flotte, über die getroffenen Dispositionen lassen doch nicht annehmen, daß nun plötzlich die Söhne Englands so friedensliebend geworden sind, daß sie die Spione nur hierher schicken, um von dem weitvorgeschrittenen Deutschland zu lernen! Wenn die Vertreter des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120220016/fragment/page=0001

Regierung mit vollem Ernst darauf sehen, wie sie die Stellung des Deutschen Reiches sichern können, dann wollen wir uns nicht von Sentimentalitäten bestimmen lassen, und auch nicht, wenn uns ein Kriegsminister die Ehres seines Besuches zuteil werden läßt, nun glauben, alles ist im Reinen. Nein, wir sind verpflichtet, zur Erhaltung unserer Wehrkraft zu Wasser und zu Lande alles zu tun, was notwendig ist. Freilich, die vom Grafen Posadowsky aufgestellte These des Vertrauens zur Kriegsverwaltung und hiernach einfache Annahme oder Ablehnung der Militärvorlagen müssen wir ablehnen.

Wir haben doch oft erlebt, der eine Kriegsminister verlangt das und sein Nachfolger etwas anderes, und der eine sagt in dem einen Jahr das und in dem anderen etwas anderes; und was der Kriegsminister in diesem Jahr zur Begründung seiner Forderungen ausführen wird, wird wohl anders klingen als vor Jahresfrist. (Heiterkeit.) Nein, wir müssen verlangen, ernst zu prüfen, ohne Ueberhebung. (Sehr gut!) Daß falsche Urteile von Laien ausgesprochen werden, und übrigens auch von alten Offizieren, die die Weisheit in Erbpacht genommen zu haben glauben, wissen wir auch; aber trotzdem sind wir als Vertreter des deutschen Volkes verpflichtet, genau zu prüfen. (Beifall.) Der Redner spricht einige Worte für den Deutschen Wehrverein, der durchaus seine Berechtigung habe. Der neue Geist, der die Jugend Deutschlands durchzieht, ist von außerordentlicher Bedeutung für die Stärkung unserer Wehrmacht. Das ist keine Parteisache. Dr. Paasche wendet sich sodann gegen Dr. Arendt, den er doch nicht ganz übergehen dürfe. (Heiterkeit.) Er hat vermißt, daß Herr Junck vom Schutz auch der industriellen Arbeit gesprochen hat; zum Schutz der Großindustriellen, deren Zukunftspartei ja die freikonservative Partei ist. (Heiterkeit.)

Wir wollen einen vollständigen Schutz der nationalen Arbeit, aller gewerblichen Arbeit in Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, und Herr Arendt hatte wirklich nicht nötig, uns aufzufordern, für die Industrie noch eine extra warme Lanze zu brechen. (Heiterkeit.) Das steht in unserem Programm, und alle unsere Freunde stehen auf diesem Programm.

Ein Schlußwort über das parlamentarische Regiment, mit dem man uns jetzt als Verräter am Vaterlande brandmarkt. Wenn mein Freund Junck nach jeder Richtung an einem Ausbau der Geschäftsordnung und an die Anträge erinnert, die wir vor Jahren schon gestellt haben, die gesetzliche Festlegung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durchzuführen, dann kommt man mit dem „parlamentarischen Regiment". Aber, wenn es einen Reichskanzler gibt, der den Mut hat, eine Reform des Preußischen Wahlrechts zu verlangen und den Mut hat, den Herren eine direkte Belastung der besitzenden Klassen abzufordern, so ist das kein Ausdruck parlamentarischen Regiments, wenn man möglichst alles tut, um diesen Reichskanzler zu beseitigen! Ist dieser Reichskanzler unbequem, dann kann sich Herr v. Hennigs-Techlin im Preußischen Abgeordnetenhause hinstellen und Töne anschlagen, die, wenn sie aus liberalem Munde gekommen wären, wahrscheinlich einen Aufschrei veranlaßt hätten: Seht mal, die streben nach parlamentarischen Regiment! (Sehr gut! links.) Und in Bayern, was haben Sie da anderes? Das Ministerium Podewils ist gestürzt, das Ministerium Hertling dem ultramontanen Charakter der Neuwahlen entsprechend, ist eingetreten. Das ist ganz etwas anderes. natürlich.

Aber wenn wir eine Aeußerung tun, man könnte wohl die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers festlegen, dann kommt Herr v. Putlitz und andere und erklären: Niemals werden wir uns gefallen lassen, daß die Rechte der Krone und des Monarchen angetastet werden! Wir sind mindestens ebenso königstreu bis auf die Knochen, wie Sie! (Stürmischer Beifall links.) Wir schützen die Rechte der Krone genau so wie Sie. Aber die Entwicklung steht nicht still, das hat ja der Reichskanzler selbst gesagt, und da ist es ein Gebot, das Staats- und Verfassungsrecht weiterzubilden, nur dann sichert man seinen Bestand. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler hat gemeint, er könne weder reaktionär, noch radikal sein. Dann hätte er sagen sollen: weder links noch rechts — in der Mitte, die goldene Mittelstraße! Wir sind weder reaktionär, noch radikal, aber bei ihm klang es so, als sollte es heißen, wir wären die Radikalen. Gewiß, keine Regierung würde Bestand haben, die reaktionär oder radikal regiert; aber wenn der Reichskanzler uns den Ruck nach links vorwirft, so kann die Politik der Regierung auch nur dann zum Ziele führen, wenn sie in gewisser Beziehung einen Ruck nach links mitmacht.

Sie werden nicht mit einem lückenlosen Zolltarif, nicht mit einem überagrarischen Programm, nicht mit Hintertreibung einer Wahlreform in Preußen, nicht mit bureaukratischen und polizeilichen Mißgriffen und nicht mit Niederhaltung der liberalen Forderungen in Kirche und Schule die Zufriedenheit im Volke erwerben. Denn es ist die Hauptsache: die Zufriedenheit im Volke! In den 4¼ Millionen sozialdemokratischer Stimmen steckt ein großer Haufen Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen, mit der bestehenden Verwaltung, mit der bestehenden Exklusivität, mit all jenen Mißgriffen, die immer und immer wieder im Wahlkampf zutage getreten sind. (Sehr wahr! links.) Und daher sage ich: Rücken Sie ein klein wenig nach links und helfen Sie die Unzufriedenheit beseitigen. Dann werden Sie dem Umsturz wirklich einen Riegel vorschieben. (Stürmischer Beifall links; Zischen rechts und im Zentrum.)

Abg. Gothein (Vp.):

Wir würden es für sehr wertvoll halten, wenn die Mißverständnisse zwischen Deutschland und England endlich beseitigt würden, allerdings unter Wahrung der berechtigten Interessen Deutschlands. Der Redner übt dann eingehende Kritik an der deutschen Wirtschaftspolitik und der bisherigen Steuerpolitik. Immer heißt es: diese oder diese Finanzreform ist die letzte! Auch auf die unwiderruflich allerletzte Finanzreform des Schatzsekretärs Sydow kam die wirklich unwiderruflich allerletzte des Herrn Wermuth. Und nun verlangt man schon wieder neue Steuern! Die letzte Finanzreform hat den erwarteten Erfolg nicht gehabt. Der Redner bespricht die Erträgnisse der einzelnen Steuern. Der Scheckstempel hat nichts eingebracht. Wir haben ihn auch nicht vorgeschlagen. (Abg. Erzberger (Zentr.): Herr v. Mendelssohn!) Ich kenne keinen solchen Abgeordneten! Haben Sie sich dort Rat geholt, Herr Erzberger? Es ist ja interessant zu sehen, mit welchen Kälbern Sie pflügen. Auf die Vorschläge des Grafen Westarp geben wir nichts, seit er bei der Finanzreform die Wertzuwachssteuer der Stadt Köln mit ihren Fehlern wörtlich abschrieb und hier als eigene Arbeit vorlegte. (Heiterkeit.) Wir verlangen eine allgemeine Besitzsteuer, entweder zur Deckung neuer Forderungen, oder zur Beseitigung anderer unsozialer Steuern. (Beifall links.)

Die unerhörte Branntweinsteuergesetzgebung muß zurückrevidiert werden. Die Erbschaftssteuer muß kommen, und wenn die Rechte sie nicht will, auch ohne sie. Schon 1909 fanden sich auch bei der Rechten eine ganze Anzahl Stimmen dafür. Heute spielen Sie die Bourbonen, die nichts gelernt und nichts vergessen haben. Unser Jubel über die Wahlen 1907 und 1912 ist ganz berechtigt gewesen. Damals handelte es sich darum, eine Mehrheit des Zentrums und der Sozialdemokraten zu zu brechen im Interesse unserer Kolonien und die Eiterbeule aufzustechen, wie der damalige verdiente Staatssekretär Dernburg sagte. Jetzt handelte es sich um eine andere Mehrheit, die wir ganz konsequent in den Stichwahlen bekämpft haben. Die Rede des Reichskanzlers hat tatsächlich provokatorisch gewirkt, und er kann sich nicht wundern, wenn es ihm nun entsprechend entgegenschallt. Die Rechte will, daß wir einen Zentrumsabgeordneten zum Präsidenten wählen sollen — als ob alles beim alten geblieben wäre! Die Sozialdemokratie hatte einen Anspruch auf einen Platz im Präsidium, und es war ein Fehler, daß man sich früher dagegen sträubte. Aber was geht es den Reichskanzler an, welches Präsidium sich der Reichstag wählt. (Lebhafte Zustimmung links.) Das ist eine interne Angelegenheit des Reichstags. (Sehr richtig! links.) Dann kann er ja ebenso gut verlangen, daß wir keinen Sozialdemokraten in die Kommissionen wählen. Wir haben den dringenden Wunsch, daß der Reichskanzler sich solcher Einmischungen in interne Angelegenheiten des Reichstages enthält. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Reichskanzler hat sich so ziemlich zwischen alle Stühle gesetzt. Das Verantwortlichkeitsgesetz wird kommen; auch China hat es schon, nur noch nicht Rußland. (Zuruf b. d. Soz.: Preußen!) Natürlich Preußen! Der Wahlapparat der Landräte hat bei den Wahlen wieder tadellos funktioniert. Fürst Bülow hatte so viel für die Konservativen getan, daß ihm zu tun nichts mehr übrig blieb. Das hat ihm aber alles nichts genützt. So wird es dem jetzigen Reichskanzler auch gehen. Die Rechte schiebt die Erhaltung der monarchischen Macht vor, bloß um ihre eigene Macht zu erhalten und zu stärken. Die Sozialdemokratie glaubt nicht mehr an den Zukunftsstaat. Das Ziel ist ihr Nebensache, die Bewegung ist ihr alles. Auch denkt sie nicht mehr an die Verstaatlichung der Produktionsmittel. (Lebhafter Widerspruch bei den Soz.) Mir hat einmal ein Sozialdemokrat in einer Versammlung gesagt, das wäre nur ein Schwindel, den die Liberalen aufgebracht hätten. (Große Heiterkeit.) Wir arbeiten weiter für den Fortschritt und die Freiheit des Volkes. (Beifall links.)

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

Ich will nur einige Bemerkungen zu Fragen machen, die in der bisherigen Debatte aufgeworfen sind. Der Abg. Gothein hat vorhin gesagt, er wünsche nicht, daß ich mich in die Geschäfte des Reichstages bei der Wahl des Präsidiums einmische. Denselben Gedanken hat der Abg. Ledebour am vorigen Sonnabend in der an ihm gewohnten etwas schärferen Sprache Ausdruck gegeben. Er hat es eine unerhörte Anmaßung, einen Uebergriff von mir genannt, was ich neulich über die Vorgänge bei der Präsidentenwahl gesagt habe. (Sehr richtig! links.) Ich habe nicht daran gedacht, eine Bemerkung darüber zu machen, daß dem Reichstage nicht die volle Freiheit zusteht, sich dasjenige Präsidium zu wählen, das er will.

Ich habe lediglich die Haltung der beiden liberalen Fraktionen zum Beweise dessen angeführt, daß nach meiner Ueberzeugung sich die liberalen Parteien nach links entwickelt haben. Es ist keine Anmaßung, das zu sagen, und das ist kein Uebergriff. Es handelt sich dabei um Akte, welche in unserer gesamten politischen Oeffentlichkeit das größte Aufsehen erregt haben. Und daran soll der Reichskanzler stillschweigend vorbeigehen? Nein, meine Herren, ich denke gar nicht daran. Ich werde darüber diejenigen Bemerkungen machen, die ich von meinem Standpunkte aus für richtig halte. (Beifall rechts, Zurufe links.) Wenn ich tatsächlich der eingebildete Bureaukrat wäre, als den mich die radikale Presse und die radikalen Redner immer hinzustellen pflegen, so könnte ich versucht sein, den Vorwurf der Anmaßung zurückzugeben.

Aber die Sprache, die der Herr Abg. Ledebour am letzten Sonnabend nicht nur gegen mich geführt hat, ist mir in keiner Weise ärgerlich gewesen. Der Abg. Ledebour hat im Verlaufe seiner Rede festgestellt, zwischen dem rechten und dem linken Flügel seiner Partei herrsche volles Einverständnis. Nun, wenn man die Reden des Abg. Franck und des Herrn Ledebour vergleicht, wenn man, wie es Herr Ledebour getan hat, sie auf denselben Standpunkt stellt, dann ist doch aber die Besorgnis gerechtfertigt, ob der Sieg des Revisionismus über den Radikalismus sich so schnell vollziehen werde, wie es noch eben der Abg. Gothein angenommen hat. (Sehr richtig! rechts.)

M. H., es hat dann weiter in der bewegten Debatte die Frage der Erbschaftssteuer einen sehr breiten Raum eingenommen. Ich kann ja nichts dagegen einwenden, wenn sich die Herren über die Erbschaftssteuer, was die Vergangenheit angeht, unterhalten, obwohl ich einen großen Nutzen mir davon, wie ich schon neulich gesagt habe, nicht versprechen kann. Etwas anderes ist es aber, über die Erbschaftssteuer zu sprechen im Zusammenhang mit der Steuervorlage, die von den verbündeten Regierungen noch gar nicht eingebracht ist. Ich meine, man sollte den Zeitpunkt der Einbringung dieser Vorlage abwarten. Sonst bekommen wir ja immer vom Parlament zu hören, Deckung zu suchen, sei eine Aufgabe der verbündeten Regierungen und nicht des Reichstags.

Ich bin ganz derselben Ansicht, und darum sollte man auch in diesem Falle nicht über die Deckung sprechen, bevor nicht die Vorlage, die Vorschläge der verbündeten Regierungen Ihnen vorliegen. Wir, der Herr Schatzsekretär und ich, haben nicht angefangen, von der Erbschaftssteuer zu sprechen, sondern wir haben nur erwidert auf Bemerkungen, die aus dem Hause gefallen sind und haben es tun müssen, um zu zeigen, daß den verbündeten Regierungen volle Freiheit in der Deckungsfrage offen bleiben muß. Antizipierte Erörterungen über diese Frage können die schwierige Situation nicht erleichtern, und ich möchte deshalb die dringende Bitte an das Hohe Haus richten, die Kritik bis zu dem Zeitpunkt aufzuschieben, zu dem die verbündeten Regierungen mit ihren Vorschlägen hervorgetreten sind.

Schließlich — ich will mich auf diese letzte Bemerkung beschränken — hat Dr. Paasche gemeint, ich sei den Beweis für die Linksentwicklung des Liberalismus und namentlich der nationalliberalen Partei schuldig geblieben.

Die Frage der Linksentwicklung der Nationalliberalen ist in ihrer Parteipresse seit drei Jahren die Tagesfrage. Die Jungliberalen haben sich zusammengetan, um die Partei weiter nach links zu ziehen. (Sehr wahr! rechts.) Ihre animose Frontstellung gegen rechts — ich will die Gründe und die Frage der Berechtigung der Stellung nicht untersuchen; mir kommt es nur darauf an, die Tatsache zu konstatieren — Ihre Stellung gegen rechts (zu den Nationalliberalen) ist doch eine Signatur für das Bestehen dieser Bewegung in Ihren Reihen. Sie haben ja schließlich in den letzten Wochen — auch das wird Ihnen nicht entgangen sein — mit der Haltung der Partei zeitweise selbst Gnade vor den Augen des Berliner Tageblatts gefunden. (Große Heiterkeit.)

Ich will von der hauptstädtischen Presse nicht sprechen. Der Abg. Paasche hat, wie ich glaube, mit vollem Recht mir eine ganz besondere Stellung eingeräumt. Aber die Herren werden doch an der Haltung der Provinzpresse, an den Beschlüssen, an den Besorgnissen zahlreicher Parteivorstände, die zu ihnen gehören, nicht blinden Auges vorübergegangen sein. (Sehr richtig rechts und im Zentrum.) Aus allen diesen Tatsachen konnte, glaube ich, der unparteiische Beobachter nur den Schluß ziehen, den ich gezogen habe. Belehren Sie mich eines Besseren, ich werde der erste sein, der das freudig begrüßen wird. Und ich nehme schon heute dankbar von der Erklärung des Herrn Abg. Paasche Akt, daß seine Partei nicht daran denke, sich nach links weiter zu entwickeln, (Heiterkeit rechts und im Zentrum), daß seine Partei an ihren alten Traditionen festhalten wolle.

Sie haben das mit Heiterkeit begleitet. Ich habe das, meiner Ansicht nach, ohne jede Spur von — na, wie soll ich sagen — Ironie gesagt, sondern es ist meine positive Ueberzeugung. Ich werde Ihnen nur dankbar sein, wenn Sie diese Ihre Absicht verwirklichen, denn wenn Sie es tun, dann kann ich hoffen, daß die Zeit wiederkehrt, wo sich trotz aller Gegensätze zwischen konservativ und liberal die Parteien sich nicht mehr auseinander entwickeln, daß die Tendenzen zu einer solchen Auseinanderentwickelung auch auf der rechten Seite aufhören, und daß damit der Boden wiedergefunden werden wird, auf dem sich schließlich im großen und ganzen die Politik der mittleren Linie bewegt hat, von der unser Reich während seines gesamten Bestehens gelebt hat. Daß dieser Zeitpunkt bald wieder kommen möge, ist allerdings mein ernster Wunsch. (Beifall rechts und im Zentr.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt Abg. Bebel (Soz.): Der Abg. Paasche ist irrtümlich unterrichtet, wenn er meint, wir hätten uns bereit erklärt, im Präsidium das Kaiserhoch auszubringen. (Hört! Hört! rechts.) Auf die Frage der Liberalen, wie wir uns zu den höfischen Verpflichtungen stellen, haben wir erklärt: diese erkennen wir nicht an, aber wir sind bereit, alle staatsrechtlichen Verpflichtungen zu übernehmen, worauf die Nationalliberalen erklärten, mehr zu fordern, hätten sie keinen Anlaß. Sie erklärten sich also damit einverstanden. (Hört! Hört! rechts.) Ich habe auch dem Abg. Spahn erklärt, daß wir hinsichtlich der höfischen Verpflichtungen unseren alten Standpunkt nicht verlassen, daß wir höfische Verpflichtungen nicht übernehmen. Auch der Fraktionsvorsitzende, Freiherr v. Hertling, fragte uns dann nach unserer Stellungnahme zum Kaiserhoch. Auch ihm gegenüber erklärte ich, daß wir an unserem alten Standpunkt festhalten. Ich stelle also fest, daß am 9. Februar kein Mensch über unseren Intentionen im Dunkeln sein konnte. (Hört! Hört!)

Abg. Erzberger (Zentr.) stellt gegenüber dem Abg. Gothein fest, daß die Scheckstener eine Regierungsvorlage gewesen sei, und zwar sei sie von Herrn von Mendelssohn und anderen Großbankiers vorgeschlagen worden.

Abg. Dr. Paasche (Natl.): Ich kann nur feststellen, daß mein Fraktionskollege Dr. Schiffer, der seine Aussagen sehr scharf zu präzisieren pflegt, ausdrücklich erklärt hat, daß die Herren der sozialdemokratischen Fraktion damit einverstanden sind, daß der sozialdemokratische Vizepräsident im Falle der Verhinderung des Präsidenten auch die Verpflichtung übernehmen werde, das Kaiserhoch auszubringen. Ich bin nun nicht dabei gewesen, ich kann nur feststellen, was mir mitgeteilt wurde, mag sich Herr Bebel mit Herrn Schiffer auseinandersetzen. (Hört! Hört!)

Abg Bebel: Ich stelle fest, daß eine solche Erklärung nicht abgegeben worden ist. (Hört! Hört!)

Dienstag 1 Uhr Weiterberatung, ferner die Anträge auf Revision der Geschäftsordnung Schluß 6½ Uhr.

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung, Montag, 19. Februar

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer, Dr. Sydow, v. Breitenbach.

Präsident Frhr. v. Erffa eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Das Wassergesetz.

(Erste Lesung.)

Der Entwurf regelt Begriff und Art des Wasserrechts, die Eigentumsverhältnisse an den Wasserläufen, deren Benutzung und Verleihung, die Stauanlagen, die Unterhaltung und den Ausbau der natürlichen Wasserläufe, das Eigentum an ihren Ufern. Weitere Abschnitte betreffen Gewässer, die nicht zu den Wasserläufen gehören, die Wassergenossenschaften, die Verhütung von Hochwassergefahren, die Zwangsrechte, die Wasserpolizeibehörden, die Stromausschüsse, die Wasserbeiräte, die Strafbestimmungen und die Uebergangsbestimmungen.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer

leitet die Besprechung ein: Die Vorlage ist das Ergebnis langwieriger Beratungen. Sie ist notwendig, da die Klagen über die geltenden Bestimmungen sich immer mehr häufen. Der Entwurf hebt 76 Gesetze auf.

In erster Linie enthält das Gesetz eine Behandlung der verschiedenen Arten von Wasserläufen, die in drei Kategorien eingeteilt sind. Zu den Wasserläufen erster Ordnung gehören alle schiffbaren Ströme und Wasserstraßen, zu denen zweiter Ordnung alle diejenigen, die für die Wasserwirtschaft eine größere Bedeutung haben, zu denen dritter Ordnung gehören alle übrigen Wasserläufe. Das Eigentumsrecht an den Wasserläufen erster Ordnung wird dem Staate zugewiesen, bei allen übrigen den Anliegern. Die Verunreinigung der Gewässer und die Reinhaltung der Flußläufe findet eine ausreichende Behandlung. Es ist eine besondere gesetzliche Regelung vorgesehen, um schädliche Stauanlagen zu beseitigen oder deren Umwandlung herbeizuführen. Zur Unterhaltung der Wasserläufe zweiter Ordnung sollen Wasserunterhaltungsgenossenschaften gebildet werden, zu denen alle diejenigen herangezogen werden können, die irgend einen Nutzen aus dem Gewässer haben. Den Klagen über die Unklarheit der Rechte am Wasser soll durch Einrichtung von Wasserbüchern begegnet werden. Die landwirtschaftlichen Interessen sind in dem Entwurf genügend gewahrt, ebenso die Interessen von Handel und Industrie; so wird u. a. das Sonderrecht des Bergwerkseigentümers aufrechterhalten. Der Entwurf hat denn auch in den Kreisen der Interessenten eine verständnisvolle und wohlwollende Aufnahme gefunden. Hoffentlich ist das auch hier der Fall. (Beifall.)

Abg. v. Brandenstein (Konf.):

Für diesen Entwurf liegt wirklich ein Bedürfnis vor. Das wird von keiner Seite bestritten. Die verschiedenen Interessen werden hier im Entwurf in einer glücklichen Weise vereinigt. Die Forderung auf provinzielle Regelung lassen wir fallen. Der Entwurf ist mit großer Sorgfalt und Genauigkeit verfaßt. Erfreulicherweise sind auch die Fremdwörter vermieden worden. Wir vermissen eine Definition der vorgesehenen Begriffe Ströme, Flüsse, Bäche. Bedenklich ist, daß durch königliche Verordnung einfach ein fiskalischer Strom zu einem Flusse zweiter Klasse erklärt werden kann. Es müssen doch mindestens vor Erlaß der Kgl. Verordnung die Beteiligten gehört werden. Auch in der Frage der Heranziehung zu den Kosten entscheidet nach dem Entwurf das Ministerium zu selbständig. Das muß geändert werden. Die hier getroffene Lösung der Frage der Reinhaltung der Gewässer wird gewisse Enttäuschungen hervorrufen. Gewiß gehen da manche Wünsche zu weit. Es kann der Rhein an der Mündung nicht mehr so rein sein wie an der Quelle, aber andererseits kann auch eine nicht mehr zulässige Verschmutzung eintreten. Für die Verunreinigung von Flüssen müssen solche Strafen festgesetzt werden, die auch einen Unternehmer wirklich veranlassen, Abwässer nicht in den Fluß zu führen. Trotz dieser Bedenken begrüßen wir den Entwurf. Wir stimmen ihm im großen und ganzen zu, glauben nur, daß das bureaukratische Interesse der Strombauverwaltung und das finanzielle Interesse des Fiskus vielleicht ein klein wenig zu viel in den Vordergrund geschoben ist. (Beifall rechts.)

Abg. Bitter (Zentr.):

Es ist anzuerkennen, daß durch den Gesetzentwurf manche Rechtsunsicherheit beseitigt wird. Die Definition der verschiedenen Arten von Wasserläufen erscheint mir aber noch nicht genügend prägnant zu sein. In dem Verzeichnis der zur ersten Ordnung gehörigen Wasserläufe befinden sich auch Flüsse, die keinesfalls schiffbar sind; dieses Verzeichnis bedarf also noch einer Revision. Die gesetzlichen Beschränkungen werden in der Kommission genau zu prüfen sein. Die Grundtendenz des Gesetzes ist gut, Privatinteressen müssen hinter den großen allgemeinen Interessen zurück-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120220016/fragment/page=0002

stehen; wir hoffen dann, zu solideren Rechtsverhältnissen auch auf dem Gebiete des Wasserrechts zu kommen. (Beifall i. Zentr.)

Abg. Ecker-Winsen (Natl.):

Auch wir freuen uns, daß hier das Wassergesetz in modernem und großzügigem Sinne geregelt wird. Wir erkennen dankbar an, daß die Staatsregierung in steter Fühlung mit den Interessenten geblieben ist und ihnen ausreichend Gelegenheit gegeben hat, ihre Wünsche zu äußern. Wir hoffen, daß dieses Verfahren auch bei anderen Gesetzen beobachtet wird. Alle Materien werden in dem Entwurfe geregelt mit Ausnahme der Fischerei und des Quellenschutzes. Daß ein besonderes Fischereigesetz kommen soll, ist zu verstehen. Aber den Quellenschutz hätte man auch hier gleich regeln sollen. Der Entwurf verteilt Licht und Schatten gleichmäßig an Landwirtschaft und Industrie. Aber es bedurfte erst des energischen Vorgehens der Industrie, damit deren Interessen gewahrt wurden. Bei der Ausführung des Gesetzes darf man die Naturdenkmalpflege und den Heimatschutz nicht außer acht lassen. Mit dem Abg. v. Brandenstein stimmen wir darin überein, daß der kgl. Verordnung zu weitgehende Befugnisse gewährt sind. Wir haben in dieser Richtung eine solche Reihe von Bedenken, daß es gut ist, sie in der Kommission erst vorzutragen. Das bisher unumschränkte Recht am Wasser wird jetzt sehr eingeschränkt, und die Behörde kann jetzt ohne Entschädigung jede Benutzung untersagen. Außerdem kann ein Wasserzins verlangt werden.

Wir sehen in dieser Verquickung fiskalischer und Hoheitsrechte an Wasserläufen erster Ordnung eine ernste Gefahr für die Wasserwirtschaft und ein schweres Verhängnis. Sehr richtig! links.) Die Frage, ob aus öffentlichen Interessen etwas zu geschehen hat, darf nicht der Minister entscheiden. Das Oberverwaltungsgericht muß hier als Rechtskontrollinstanz eingeführt werden. Ob mit den bestehenden Behörden nach diesem Gesetz auszukommen ist, wollen wir abwarten. Wir wünschen vor allem, daß das Laienelement in der richtigen Weise zur Geltung kommt. Die Schauämter werden nur ein beschauliches Dasein haben. (Heiterkeit.) Mit dem Grundgedanken des Gesetzes sind wir einverstanden. Wir dürfen aber nicht aus dem Auge verlieren, daß die Wasserläufe für die Allgemeinheit bestimmt sind. Ich beantrage, den Entwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen. (Beifall links.)

Abg. Dr. v. Woyna (Freikons.):

Den Redakteuren des Entwurfs spreche ich meine Anerkennung aus, daß sie festen Schritts ihren Weg mit einer Klarheit und Schärfe gegangen sind in einer Zeit, wo der Sozialismus bestrebt ist, die Klarheit des juristischen Denkens zu verwischen. Wir sind mit den Vorrednern damit einverstanden, daß wir in der Hauptsache die ordentlichen Behörden mit der Erledigung der Wasserangelegenheiten betrauen. (Beifall bei den Freikons.)

Abg. Lippmann (Vp.):

Das Gesetz wird von meinen politischen Freunden durchaus gewürdigt. Seine Hauptaufgabe ist, allen Interessenten gerecht zu werden. Wir werden also nur zu untersuchen haben, ob die angewandten Mittel die richtigen sind und ob die Behörden in der Lage sind, sie richtig anzuwenden. Deswegen hätten wir es gewünscht, ein Reichswassergesetz zu erleben. Es wird sehr oft nicht möglich sein, die Wasserkräfte, die durch ein Reichswassergesetz hätten gelöst werden können, durch ein preußisches Gesetz zu mobilisieren, da der Geltungsbereich des Gesetzes ja an der preußischen Landesgrenze aufhört. Wir bedauern, daß der Gesetzentwurf, der für Handel, Industrie und Landwirtschaft gleich große Bedeutung hat, lediglich im Landwirtschaftsministerium ausgearbeitet zu sein scheint und daß sich bisher nur der Landwirtschaftsminister dazu geäußert hat.

Bei Be- und Entwässerung zu landwirtschaftlichen Zwecken soll ein Entgelt nicht erhoben werden, ebenso nicht bei gemeinnützigen Unternehmungen, wohl aber bei industriellen. Hier sind also gemeinnützige und landwirtschaftliche Unternehmungen gleichgestellt. Soweit sind wir aber denn doch noch nicht! Im Gegenteil! Man ist sogar der Meinung, daß die Landwirtschaft im Gegensatz zu dem Gemeinwohl bevorzugt wird. Im übrigen stimme ich dem Abg. v. Brandenstein zu, daß es sich hier in vieler Hinsicht um Fiskalität handelt. Bei den Verleihungsbehörden muß ein Spruchgericht geschaffen werden. Die Allgemeinheit muß eine Instanz fordern, die über dem Fiskus steht, sonst haben allein die Ministerien über die Wasserläufe zu entscheiden. Die Wasserbücher dürfen nicht von den Landräten geführt werden, sondern von den Gerichten. Die Wasserstraßenbeiräte sollten doch eine andere Stellung bekommen. Auch sollte man die Beschaulichkeit der Schauämter dadurch stören, daß man ihnen mehr Befugnisse gibt. (Beifall links.)

Abg. v. Trampczynski (Pole):

Wir sind in Preußen in bezug auf gewissenhafte Gesetzesarbeit nicht verwöhnt. Aber diesen Entwurf kann man im allgemeinen loben.

Abg. Leinert (Soz.):

Wir hätten es lieber gesehen, wenn man das Wasserrecht reichsgesetzlich geregelt hätte. Die verfassungsrechtlichen Bedenken können wir nicht gelten lassen. Wir wenden uns auch gegen die Befugnisse des Landesherrn. Merkwürdig ist, daß dies hier auch die Konservativen tun. Da sieht man wieder einmal, daß der Patriotismus der Rechten sehr mit persönlichen und wirtschaftlichen Interessen zusammenhängt. (Au! Au! rechts.) In den Vergünstigungen für die Landwirtschaft in dem Entwurfe sehen wir eine neue Liebesgabe. (Gelächter rechts.) Die Einheitlichkeit des Wasserrechtes in Preußen begrüßen wir als einen Fortschritt.

Abg. Dr. v. Kries (Kons.):

Von einer unberechtigten Bevorzugung der Landwirtschaft in dem Entwurf kann nicht die Rede sein. Es findet nur eine berechtigte Rücksichtnahme auf die verschiedenartigen Verhältnisse statt. Mit dem Abg. Lippmann sind wir der Meinung, daß eine unparteiische Behörde über die Verleihungen entscheiden soll, nicht die Ministerialinstanz.

Das Haus vertagt sich.

Dienstag 11 Uhr: Wassergesetz, kleine Vorlagen und Anträge.

Schluß 4½ Uhr.

Deutsches Reich.

Eine Ente.

Halle a. S., 20. Febr.

In einem Berliner Blatt ist vor einigen Tagen erzählt worden, Geh. Legationsrat von Stumm werde sich nächstens, zum Zwecke diplomatischer Verhandlungen mit bestimmten Aufträgen nach London begeben. Gleichzeitig ging man aus diesem Anlaß mit der alten Nachricht krebsen, Herr von Stumm werde der Nachfolger des Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter, dessen Rücktritt bevorstehe.

Wie der Herr Staatssekretär auf Anfrage der „Saale-Zeitung" mitteilt, ist die Nachricht des Berliner Blattes ein „ganz gewöhnlicher Entenvogel".

Zum Tode Aehrenthals.

Die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung widmet dem verstorbenen österreichischen Ministerpräsidenten folgenden Nachruf:

„Aus der diplomatischen Schule des Grafen Kalnoky hervorgegangen, war Graf Aehrenthal von dessen Grundauffassungen sowohl hinsichtlich der allgemeinen Richtung der Politik wie im besonderen bezüglich der Stellung Oesterreich-Ungarns zu den Entwicklungen im Orient erfüllt. Der Standort, von dem aus er die österreichisch-ungarische Staatskunst orientierte, war und blieb der Dreibundgedanke. In den Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die während der Annexionskrisis die Belastungsprobe glänzend bestanden, hat es auch im letzten Jahrfünft kein Moment gegeben, dessen Behandlung hätte Schwierigkeiten bereiten können. Hingegen fehlte es in dem Verhältnis Oesterreich-Ungarns und Italiens zueinander nicht völlig an widerstrebenden Strömungen, die die maßgebenden Kreise nicht berührten, wohl aber jenseits der Alpen einen Teil der Bevölkerung erfaßten. Ein hohes Verdienst des Grafen Aerhrenthal ist es, daß er die Bemühungen der italienischen Regierung, die öffentliche Meinung des Landes mit den großen, wirklichen Interessen des Königreichs im Einklang zu halten, durch eine behutsame Pflege der Beziehungen zu der südlichen Nachbarmacht unterstützte. Im Geiste des mitteleuropäischen Friedensbündnisses suchte Graf Aehrenthal das Verhältnis der habsburgischen Monarchie auch zu den übrigen Mächten auf dem Fuße freundschaftlicher Gesinnung zu bewahren und etwaige Trübungen zu beseitigen."

Gleichzeitig begrüßt das offiziöse Organ den Nachfolger Aehrenthals:

„Zum Nachfolger des Grafen Aehrenthal als Minister des Auswärtigen ist Graf Berchtold ernannt worden. Der neue Minister ist ein persönlicher Freund und politischer Vertrauensmann seines dahingeschiedenen Amtsvorgängers gewesen. Graf Berchtold, der sich in wichtigen diplomatischen Stellungen bewährt hat, trägt in seiner Persönlichkeit alle Bürgschaften für eine Einhaltung der erprobten Grundrichtungen der österreichisch-ungarischen Politik, zu der Kaiser und König Franz Josef noch im letzten Schreiben an den Grafen Aehrenthal sein ungeschmälertes Vertrauen bekundet hat.

*

Wien, 19. Febr. Reichskanzler von Bethmann Hollweg und Staatssekretär von Kiderlen-Waechter haben Sonntag der Gräfin Aehrenthal ihr Beileid ausgesprochen.

Die Einbringung der Flottennovelle

beim Reichstage dürfte ebenso wie diejenige der Heeresvorlage kaum vor drei Wochen zu ermöglichen sein, da ihre Einzelheiten noch nicht durchweg feststehen und insbesondere über die Deckungsfrage noch keine endgültigen Entschließungen gefaßt sind.

So läßt sich im gegenwärtigen Augenblick noch nicht sagen, ob neben den Forderungen für vermehrte Indiensthaltung und für Verstärkung des Marinepersonals auch Mittel für den beschleunigten Ausbau der Unterseebootsflottille eingestellt werden sollen. Ebenso ist die Frage des schnelleren Ersatzes der Kampfeinheiten anscheinend noch offen. Das geplante dritte aktive Geschwader dürfte zunächst nur ein Rumpfgeschwader werden. Es wird ohne besonders große Kosten aus den durch das jetzige Flottengesetz vorgesehenen vier Schiffen der Materialreserve, die jetzt ohne Besatzung auf den Werften liegen, und aus dem Flaggschiff der Reserveflotte geschaffen werden. Später soll dieses dritte Geschwader auf die volle Stärke von acht Schiffen gebracht werden, und zwar durch den Neubau von drei großen Schiffen. Auch bei diesen Bestimmungen handelt es sich jedoch noch keineswegs um endgültige Beschlüsse, sondern nur um den augenblicklichen Stand der Flottenpläne.

Parteinachrichten.

Die Nationalliberalen und die Präsidentenfrage.

Die parteioffiziöse nationalliberale württembergische Preßkorrespondenz veröffentlicht — wie uns aus Stuttgart gemeldet wird, folgende Erklärung:

„Der geschäftsführende Ausschuß der nationalliberalen Partei Württembergs begrüßt die Wiederwahl Bassermanns zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion. Er steht einstimmig auf dem Standpunkt der Ablehnung einer Großblockpolitik und hofft, es werde bei der endgültigen Wahl des Reichstagspräsidiums gelingen, ein Geschäftspräsidium zu bilden, in dem neben dem Liberalismus die stärksten Fraktionen des Reichstags vertreten sind. Sollte aber das Zentrum bei seiner bisherigen ablehnenden Haltung beharren, so würde der Ausschuß den Eintritt eines Nationalliberalen in ein mit der Linken zu bildendes Präsidium nicht beanstanden."

Gegenüber der von konservativer Seite ausgegangenen Meldung, daß die nationalliberale Partei in Württemberg gewillt sei, bei den Landtagswahlen andere Wege zu gehen, als bei den Reichstagswahlen, bei denen sie bekanntlich mit der fortschrittlichen Volkspartei ging, wird von der nationalliberalen Partei erklärt, daß sie zu den Landtagswahlen noch keine Stellung genommen habe, vielmehr der Landesausschuß der Partei am 3. März zur Beratung der politischen Lage zusammentreten werde.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 20. Februar.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 19. Febr.

Am Vorstandstisch die Herren Geheimrat Professor Dr. Schmidt-Rimpler, Justizrat Föhring, Kaufmann Probst und Rentier Knabe.

Eingegangen ist eine Petition des Verbandes reisender Schausteller, der bittet, die Dauer der Halleschen Jahrmärkte zu verlängern. Die Versammlung beschließt Uebergang zur Tagesordnung, da ein ähnlicher Antrag früher schon abgelehnt ist. Der Mitteldeutsche Verein selbständiger Markt- und Meßreisender beklagt sich über den Mangel an Bedürfnisanstalten auf den Jahrmärkten. Die Sache geht an den Bauausschuß. — Der Vorstand des Krankenkassenverbandes wünscht einen billigeren Tarif für die Benutzung des Krankenwagens. Herr Stv. Michel beantragt, die Eingabe dem Petitionsausschuß zu überweisen. Das geschieht.

Punkt 1 betrifft die

Errichtung eines Krematoriums

auf dem neuen Friedhof an der Dessauerstraße. Herr Stv. Döhler befürwortet die Vorlage, die für unsere Großstadt eine Notwendigkeit sei. Es handle sich einstweilen nur um die prinzipielle Genehmigung, das genaue Projekt folge noch. Der Referent macht darauf aufmerksam, daß der Antrag laut den gesetzlichen Bestimmungen mit mindestens zwei Drittel Mehrheit angenommen werden muß, um Gültigkeit zu haben.

Die Vorlage wird mit allen 52 Stimmen angenommen.

Punkt 2 umfaßt die Erledigung einer Anzahl Etatskapitel. Kapital- und Schuldenverwaltung wird debattelos angenommen. (Ref. Herr Stv. Knabe.) Beim Etat des Straßenreinigungswesens (Ref. Herr Stv. Döhler) fragt Herr Stv. Kühme, ob denn nicht bald ein Ortsstatut über die

Strassenreinigung

erlassen werden könnte. Beim letzten Schneefall habe der eine Wirt das Trottoir vom Schnee freigemacht, der andere habe es unterlassen und damit gewartet, bis die Sonne den Schnee wegtaute. Das seien unleidliche Verhältnisse, die einer einheitlichen Regelung bedürften. Z. B. in der Poststraße habe man beobachten können, daß der größere Teil der Bürgersteige sauber war, ein Teil aber überhaupt nicht gereinigt wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive entgegnet, daß ja seinerzeit das beantragte Ortsstatut abgelehnt worden sei. Der Magistrat erachte die Rechtsverhältnisse hinsichtlich der Kehrpflicht betreffs der Bürgersteige für durchaus geklärt, aber er wolle das Gesetz über das Straßenreinigungswesen abwarten, das schon das Herrenhaus beschäftigt hat und demnächst das Abgeordnetenhaus passieren werde.

Herr Stv. Osterburg tadelt es, daß den städtischen Arbeitern beim Kehrwesen im vorigen Jahr eine Lohnaufbesserung zugesagt, aber bisher nicht gezahlt worden sei. Im Etat seien für Löhne nur 3000 Mk. mehr eingesetzt; da käme auf den einzelnen Arbeiter kaum 25 Mk. Redner bedauert dabei, daß die Teuerungskommission nicht mehr funktioniere. Gerade jetzt sei die Teuerung auf dem Höhepunkt. Man hätte noch einen Fleischverkauf einrichten sollen. Das Aufsichtspersonal erscheint dem Redner bei der Straßenreinigung zu stark. Man solle Vorarbeiter statt der Aufseher ernennen, Vorarbeiter, die selbst Schippe und Besen in die Hand nehmen.

Herr Stv. Hüllemann bringt zur Sprache, daß die Magdeburgerstraße regelmäßig um ¾8 Uhr früh gereinigt wird, wo sie den stärksten Verkehr hat. Das sei unpraktisch. Die Reinigung der Bürgersteige von Schnee möge schärfer kontrolliert werden.

Herr Stadtrat Grote entgegnet Herrn Osterburg, daß dieser über die Lohnverhältnisse der Straßenkehrer nicht richtig orientiert sei. Ohne Anregung, freiwillig habe die Stadtverwaltung bereits vor etwa 4 Wochen jedem Manne 20 Pfg. pro Tag zugelegt, das seien jährlich etwa 60 Mk. Die Leute haben Vertrauen zur Verwaltung; sie kommen selbst mit ihren Wünschen, ohne die Vermittlung der Herren Osterburg und Kollegen. Die Klage des Herrn Hüllemann betreffs der Reinigung der Magdeburgerstraße lasse sich vielleicht dann berücksichtigen, wenn der geplante 4. Kehrbezirk eingerichtet wird.

Herr Stv. Döhler bemerkt über die Teuerungskommission, daß sie zur Zeit ihre Tätigkeit eingestellt habe. Für Fische sei zuletzt nur ganz unzureichende Nachfrage gewesen: Der Kartoffelverkauf mußte mit Rücksicht auf den Frost eingestellt werden, nachdem 3000 Zentner umgesetzt waren; bei milderer Witterung wird man ihn von neuem aufnehmen. Der Weißkohlverkauf, der sich anfangs gut anließ, bewährte sich auf die Dauer nicht.

Herr Stv. Osterburg behauptet, daß den Arbeitern der Straßenreinigung die Lohnerhöhung dadurch illusorisch gemacht sei, daß man ihnen wöchentlich mehrere Stunden nehme.

Herr Stadtrat Grote erwidert, das treffe nicht zu. Nur für einige Fahrer, die Ueberstunden machten, seien diese Ueberstunden in Wegfall gekommen; auch diese Leute arbeiten jetzt von 5 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Halle zahlt im Kehrwesen höhere Löhne als Leipzig und Magdeburg.

Weiter wird der Etat für Kirchenwesen (Ref. Herr Stv. Colberg) genehmigt, ferner der Etat der städtischen Volksschulen, Hilfsschulen und allgemeinen Schullasten. (Ref. Herr Stv. Meyer I.)

Herr Stv. Osterburg begrüßt es, daß die Klassenfrequenz wieder zurückgegangen sei, aber leider nur in geringem Tempo. Da möge man schärfer mit vorschreiten, und das könne geschehen, wenn man den fälligen Volksschulneubau mehr forciere. Eine gute Einrichtung sei, jährlich 20 begabte Volksschüler auf die Mittelschule zu übernehmen. Da sei aber leider neulich der Fall vorgekommen, daß ein Lehrer von einem begabten Kinde sagte: es werde von dieser Wohltat ausgeschlossen sein, da die Eltern Dissidenten und das Kind ungetauft sei. Der Lehrer habe seine Worte nicht böse gemeint, aber es müsse doch wohl eine Vorschrift bestehen, die den Konfessionsstandpunkt für jene Benefizien mit ausschlaggabend macht.

Herr Stadtschulrat Brendel bestreitet es aufs lebhafteste und bittet, ihm jenen Fall zu nennen. Ich nehme es keinem Kinde übel, wenn es nicht getauft ist; denn das ist Sache der Eltern, die Kinder haben darauf keinen Einfluß. Wir fragen bei der Auswahl der befähigten Kinder nicht im mindesten nach der Konfession. Im übrigen hat sich die Einrichtung, begabte Kinder der Volksschule auf die Mittelschule zu übernehmen, glänzend bewährt; wir machen die besten Erfahrungen damit.

Herr Stv. Osterburg meint, da sich die Einrichtung so gut bewähre, möge man nicht bloß 20 Kinder, sondern mehr übernehmen. Den Lehrer, der jenen konfessionellen Gesichtspunkt geltend gemacht, werde er aber nicht nennen ohne Rücksprache mit der Mutter des betreffenden Kindes.

Herr Stv. Meyer I bemerkt gegenüber Herrn Osterburg, daß bereits alljährlich mehr als 20 Kinder jene Benefizien genießen; im letzten Jahr z. B. 24.

Weiter wird das Kapitel Museen erledigt (Ref. Herr Stv. Colberg), und das Kapitel Armen- und Fürsorgewesen (Ref. Herr Stv. Springer).

3. Der Magistrat hat beschlossen, für die Verwaltung der Bethcke-Lehmann-Stiftung ein Kuratorium mit den Befugnissen der Verwaltungsdeputationen gemäß § 59 der Städteordnung einzusetzen. Das Kuratorium soll aus vier Magistratsmitgliedern, 6 Stadtverordneten und 5 Bürgern, darunter 3 Frauen bestehen. Zur Begründung wird gesagt: Die Stiftungszwecke der Bethcke-Lehmann-Stiftung werden durch Einrichtung eines Kindergartens, von Kinderhorten, eines Jugendheims und einer Kinderkrippe verwirklicht werden. Laut Testament der Stifter sind Beihilfen zu gewähren an: a) konfirmierte Knaben und Mädchen, welche die vorgenannten Anstalten besucht haben, zur Förderung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120220016/fragment/page=0003

ihrer Ausbildung, b) junge Männer oder junge Mädchen, auch wenn sie nicht aus den Anstalten hervorgegangen sind, zur Förderung ihrer höheren kaufmännischen oder gewerblichen Ausbildung, c) junge Männer und junge Mädchen, welche Hochschulen irgendwelcher Art besuchen. Danach werden in dem Kuratorium Personen vertreten sein müssen, welche in der Verwaltung großer Vermögen erfahren und ferner solche, die in der Jugenderziehung, insbesondere der Jugendfürsorge und Pflege bewährt sind. Außerdem werden ihm Vertreter von Handel und Gewerbe und auch der Hochschule, nicht minder ein Bausachverständiger angehören müssen. Rat und Mitarbeit von Frauen wird sowohl mit Rücksicht auf die Kinderfürsorge wie in Anbetracht der Ausbildungsbeihilfen nicht zu entbehren sein. Die für die Magistratsmitglieder vorgeschlagene Zahl erklärt sich durch die Zweckmäßigkeit, je einen Sachkundigen des Schul-, Bau- und Verwaltungswesens zu deputieren, den Vorsitz des Kuratoriums wird der Oberbürgermeister übernehmen.

Die Versammlung stimmt den Darlegungen zu. (Ref. Herr Stv. Föhring.)

4. Die Untersuchung des gemauerten Kanals in der Berlinerstraße hat dessen Baufälligkeit ergeben. Der Kanal ist teils vom Eisenbahnfiskus gebaut und im Jahre 1890 übernommen, zum anderen Teil stadtseitig hergestellt worden. Von der Volkmannstraße aus wird auf einer Länge von 90 Meter Ersatz durch einen neuen Kanal erforderlich, während auf der weiteren Strecke bis zur Ludwig Wuhererstraße eine Besserung durch Einlegen von Tonschalen in die Kanalsohle nötig wird. Die Kosten für die Ausführung der erforderlichen Arbeiten sind auf 12 200 Mk. veranschlagt worden. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich mit Ausführung der Arbeiten einverstanden. (Ref. Herr Stv. Gradehand.)

5. Bei der im Jahre 1886 erfolgten Bebauung des Grundstücks Gr. Brunnenstraße 12 ist eine Parzelle von 26 Quadratmeter Größe fluchtlinienmäßig zur Straße liegen gelassen worden. Eigentümer der Fläche sind noch Subdirektor Paul Oehmicke in Berlin und Maurermeister Ernst Friedrich hier. Sie haben jetzt den Antrag gestellt, das Land stadtseitig zu erwerben. Sie wollen es gegen die ihnen gebotene Entschädigung — 15 Mk. pro Quadratmeter — der Stadtgemeinde übereignen. Da es sich bei der hier in Frage stehenden Strecke der Gr. Brunnenstraße zwischen Richard Wagner- und Reilstraße um einen dem § 15 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 unterliegenden Straßenteil handelt, gelangen die Kosten von den Anliegern zur Einziehung und werden an die Anleihe zurückerstattet.

Die Vorlage wird angenommen. (Ref. Herr Stv. Grempler.)

6. Die Ladenbergstraße ist von der Merseburgerstraße aus nur bis an die westliche Grenze des vormals Bergmann-Schleeschen Grundstücks ausgebaut. Der Ausbau erfolgte seinerzeit auf Grund eines mit dem verstorbenen Stadtrat Helm abgeschlossenen Vertrages auf Kosten des Genannten. Im allgemeinen Interesse liegt es, die Straße bis zur Turmstraße durchzuführen. Nach Lage des damals mit Helm getroffenen Abkommens kann der weitere Ausbau nach Erachten des Magistrats jedoch nicht von den Erben des Genannten gefordert werden. Der Teil zwischen der vorgenannten Grundstücksgrenze und der projektierten verlängerten Thomasiusstraße soll daher als städtische Regiestraße endgültig ausgebaut werden, für die Reststrecke bis zum Pflasterstreifen der Turmstraße ist dagegen vorläufig nur provisorisches Pflaster vorgesehen. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation ersucht der Magistrat daher die Stadtverordnetenversammlung, a) dem endgültigen Ausbau der Ladenbergstraße von der westlichen Grenze des vormals Bergmann-Schleeschen Grundstücks bis zur Thomasiusstraße sowie b) der zum Teil provisorischen Befestigung der weiteren Strecke bis an den provisorisch befestigten Streifen der Turmstraße zuzustimmen und 1. die erforderlichen Mittel für die Kanalisierung der vorstehend unter a näher bezeichneten Strecke in Höhe von 3200 Mk. aus der Kanalbauanleihe, 2. diejenigen für die endgültige Pflasterung dieses Teiles im Betrage von 9200 Mk., sowie 3. die Kosten für die Befestigung der unter b genannten Strecke, soweit sie später gemäß den ortsstatutarischen Bestimmungen von den Anliegern zu erstatten sind, in Höhe von 1160 Mk. aus der Anleihe von 1900, 4. den Rest von 1040 Mk., der von den Anliegern nicht eingezogen werden kann, dagegen aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds zu bewilligen. Ferner ersucht der Magistrat um Zustimmung, daß die Strecke der Ladenbergstraße zwischen der westlichen Grenze des vormals Bergmann-Schleeschen Grundstücks und der Thomasiusstraße als Einheit festgesetzt wird.

Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Pfautsch.)

7. Der Magistrat beantragt, die Etatsposition XO II b 3 um 5000 Mk. aus Kapitel XX 11 zu verstärken. Im Haushaltsplane 1911 sind unter Kapitel Stadttheater für den Verbrauch elektrischer Energie gegen das Jahr 1910 9500 Mk. weniger — statt 19 500 nur 10 000 Mk. — eingestellt worden, weil durch den in Aussicht genommenen Umbau der Beleuchtungsanlage und die Verwendung von Metallfadenlampen an Stelle von Kohlenfadenlampen eine Verringerung der Betriebskosten zu erwarten war. Die Aenderung der Beleuchtungsanlage konnte jedoch erst nach Schluß der Spielzeit, während der Sommermonate, erfolgen. Infolgedessen mußten bis zur Fertigstellung der Anlage die höheren Betriebskosten gezahlt werden. Ebenso mußte der bereits zu Anfang des Rechnungsjahres für die ersten 300 Zeitstunden gezahlte höhere Strompreis nach Aufstellung des neuen Drehstrom-Umformers noch einmal für die ersten 300 Zeitstunden entrichtet werden. Bis zum Schlusse des laufenden Rechnungsjahres ist infolgedessen eine Mehrausgabe von 5000 Mk. zu erwarten.

Sie wird bewilligt. (Ref. Herr Stv. Pfautsch.)

8. Das für die Bethke-Lehmann-Stiftung wertlose Gewächshaus im Grundstück Burgstraße Nr. 45 soll abgebrochen und im Paul Riebeck-Stift, wo es zweckmäßig verwendet werden kann, wieder aufgebaut werden. Durch den Abbruch und Wiederaufbau entstehen 3400 Mk. Kosten. Der Magistrat ersucht, zuzustimmen, daß zur Bestreitung der Kosten 3400 Mk. dem Vermögen der Paul Riebeck-Stiftung entnommen werden. Das geschieht. (Ref. Herr Stv. Probst.)

9. Der Magistrat hat den Antrag des Kuratoriums des Elektrizitätswerkes auf Anschluß des Vororts

Trotha an das städtische Drehstromnetz,

Errichtung einer unterirdischen Verteilungsstation in Trotha und Verlegung eines besonderen Speisekabels vom Elektrizitätswerk nach dieser Unterstation zur Sicherung der Stromversorgung von Trotha und Cröllwitz genehmigt. Die hiezu erforderlichen Mittel von 150 000 Mk. werden aus verfügbaren Anleihen bewilligt. (Ref. Herr Stv. Probst.)

10. Aus verschiedenen Gründen, namentlich aber aus Anlaß der zur Gewinnung eines neuen Gasanstaltsdirektors unternommenen Reisen ist der im Etat der Gasanstalt für Reisekosten und Benutzung der Straßenbahnen ausgeworfene Posten von 1200 Mk. erheblich überschritten worden und bedarf einer Verstärkung um 500 Mk. Sie wird beschlossen. (Ref. Herr Stv. Döhler.)

Die Punkte 11—23 betreffen Rechnungsentlastungen.

Der Sächsisch-Thüringische Verein für Luftschiffahrt und der Automobilklub Sachsen-Anhalt laden ihre Mitglieder zu einem Lichtbildervortrag ein über das Thema: „Im Firnenglanz des Ober-Engadin". Den Vortrag hält Herr Hauptmann Härtel aus Leipzig an der Hand eigener Aufnahmen.

Provinzialnachrichten.

Mordversuch und Selbstmord.

Magdeburg, 19. Febr. Gestern abend hat der 21 Jahre alte Bäckergeselle Max Prenzel in der Kamelstraße versucht, die Plätterin Meta Sch., mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, mit einem Revolver zu erschießen. Er hat sich dann selbst durch einen Schuß in den Kopf getötet. Die Sch. hat nur eine leichte Verletzung im Genick erlitten.

Auffallende Himmelserscheinung.

Erfurt, 19. Febr. Gestern nachmittag 4½ Uhr wurde in der hiesigen Gegend ein Meteor von ungewöhnlicher Lichtstärke beobachtet, das mit großer Geschwindigkeit am westlichen Horizont niederging und ungefähr zwei Minuten darauf vernahm man ein sehr starkes donnerähnliches Geräusch, daß viele Leute glaubten, einen Erdstoß verspürt zu haben. Die Erscheinung wurde in einem großen Teile Thüringens beobachtet.

Heiligenstadt, 19. Febr. (Renkontre zwischen Holzhauer und Holzdieben.) Drei Männer aus Flinsberg, darunter der im Stadtwalde beschäftigte Oberholzhauer Heinemann, waren Sonnabend abend 7 Uhr von hier nach dem zwei Stunden von hier entfernten Flinsberg gegangen. Unterwegs sahen sie, wie mehrere Männer mit einem mit Holz beladenen Wagen, der von einem Hunde gezogen wurde, aus dem Walde kamen. Da Heinemann die Leute für Holzdiebe hielt und auf sie zuging, entspann sich ein Wortwechsel. Die vermeintlichen Holzdiebe gingen mit Messern auf die Flinsberger los. Heinemann erhielt zwei tiefe Messerstiche in die Brust und liegt, lebensgefährlich verletzt, im hiesigen Krankenhause. Die Messerelden, vermutlich Holzdiebe aus Heiligenstadt, sind noch nicht ermittelt.

Erfurt, 17. Febr. (Diebesbande.) Die hiesige Kriminalpolizei hat eine Einbrecherbande aufgedeckt, die im Laufe der letzten zwei Wochen in Erfurt und den umliegenden Ortschaften eine große Anzahl teils sehr schwerer Einbrüche verübt hat. Die Bande besteht aus neun Köpfen; bis jetzt sitzen acht hinter Schloß und Riegel; dem letzten ist man auch auf der Spur.

Altenburg, 17. Febr. (Abgelehnte Junggesellensteuer.) Die Junggesellen Altenburgs können wieder frei aufatmen, denn das Stadtverordnetenkollegium hat hinsichtlich des vom Stadtverordneten Frenzel eingebrachten Antrags auf Einführung einer Junggesellensteuer eine ablehnende Haltung eingenommen, worauffhin der Antragsteller seinen Antrag wieder zurückzog. Es wurde eher mit einem Steuerausfall durch Wegzug begüterter Junggesellen gerechnet.

Olvenstedt, 16. Febr. (Mord.) Der Invalide Ernst Böttcher, der unlängst schwer verletzt in der Nähe der Düppler Mühle aufgefunden wurde und bald darauf, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, starb, ist nicht verunglückt, sondern das Opfer einer Gewalttat geworden. Die Obduktion der Leiche hat ergeben, daß Böttcher keines natürlichen Todes gestorben ist. Die Kopfwunden des Verstorbenen rühren von Schlägen mit einem stumpfen Gegenstand her.

Elsterwerda, 16. Febr. (In geistiger Umnachtung.) Die Ehefrau des Arbeiters Kotitzsch durchschnitt im benachbarten Krauschütz ihrem drei Wochen alten Kinde mit einem Küchenmesser den Hals und öffnete sich dann selbst die Pulsader der linken Hand. Die schon längere Zeit gemütskranke Frau hat die Tat scheinbar in einem Anfalle geistiger Umnachtung ausgeführt.

Weida, 17. Febr. (Schwerer Wagenunfall.) Ein Unglücksfall hat sich Freitagabend in der Dämmerstunde nahe des benachbarten Dorfes Frießnitz ereignet. Der Hausdiener und der Oberkellner des hiesigen Hotels „Brauner Hirsch" waren am Nachmittag mit dem einspännigen Kutschwagen auf umliegende Dörfer hinausgefahren, um dort in Wirtschaften Einladungen für ein Militärkonzert auszuhängen. Auf der abschüssigen Straße zwischen Naundorf und Frießnitz schlug der Wagen um und der Hausdiener Josef Richter kam so unglücklich unter den Wagen zu liegen, daß er auf der Stelle tot war. Der Oberkellner kam mit dem Schrecken davon.

Kunst und Wissenschaft.

Neue Nordpolexpedition.

Aus Göteborg meldet der Draht:

Der französische Aviatiker Vedrines weilte dieser Tage auf der Durchreise hier. Er erklärte einem Journalisten gegenüber, daß er in Norwegen gewesen sei, um eine Expedition auf dem Luftwege nach dem Nordpol vorzubereiten, an welcher Dr. Cook, Wellmann und er teilnehmen werden. Der Zweck der Expedition sei, die von Dr. Cook verborgenen Beweise zu holen. Die Expedition soll im Juli oder August d. J. stattfinden und wird von einem amerikanischen Millionär ausgerüstet.

Neue Lehrkurse an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin. Mit dem Sommersemester 1912 wird an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin ein zweisemestriger Unterricht im Rechts-, Verwaltungs- und Genossenschaftswesen eingeführt werden. Er ist für solche Landwirte bestimmt, die sich später als Geschäftsführer bei Landwirtschaftskammern oder Genossenschaftsverbänden zu betätigen gedenken, ferner für künftige Besitzer und Verwalter großer Wirtschaften, deren Führung immer mehr eine gute Ausbildung in den einzelnen Zweigen der Rechts- und Verwaltungskunde bedingt. Auch mit Rücksicht auf die mannigfachen ehrenamtlichen Funktionen, die dem Landwirt in der Kommunalverwaltung und in den beruflichen Organisationen zufallen, erscheint die Neuerung erwünscht. Der Unterricht ist als Oberstufe für solche Studierende gedacht, welche die vier für das landwirtschaftliche Diplomexamen nötigen Semester bereits beendet haben.

p. **Dem amerikanischen Austauschprofessor in Leipzig**, Herrn Geheimrat Lamprecht, ist es gelungen, den amerikanischen Austauschprofessor Paul S. Reinsch von der Universität Madison, Staat Wisconsin, zu veranlassen, im Sommersemester 1912 in Leipzig zu dozieren. Prof. Reinsch wird nicht nur die beiden Vorlesungen über „Amerikanische Kultur und Politik der jüngsten Vergangenheit" und über „Staatsrecht der amerikanischen Union" halten, sondern er wird auch in dem von Geheimrat Lamprecht geleiteten Institut für Kultur- und Universalgeschichte praktische „Uebungen zur Geschichte der amerikanischen Diplomatie" veranstalten.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

car. Aus Berlin wird uns berichtet: Bei der Aufführung der Oper „Quo Vadis", die von Jean Rouguès nach dem berühmten Roman von Sienkiewicz verfaßt wurde, kam es in der Berliner Kurfürstenoper zu einem Theaterskandal. Eine Sängerin, die ihren Part nicht beherrschte, wurde ausgezischt; da außerdem der künstlerische Wert des Werkes das Publikum in keiner Weise für die langen Geduldsproben während der Zwischenakte entschädigen konnte, so brach vor dem vierten Bild ein wahrer Höllenlärm aus, in dem das Werk unterging.

HH. Gustav Waldau, dem ausgezeichneten Bonvivant des Münchener Schauspielhauses, der nicht an das Wiener Burgtheater gehen wollte, da sich seiner Gattin Frau v. Hagen, der Salondame am Münchener Hoftheater, keine entsprechende Stellung bot, wurde von zwei Berliner Theaterdirektoren, Barnowsky und ganz besonders von Rudolf Lothar, dem jugendlichen Leiter des neuen Berliner Komödienhauses, in Berlin ein glänzendes Doppelengagement mit ganz hervorragenden Bezügen angeboten.

Sport-Nachrichten.

Der Kronprinz in St. Moritz. Wie bereits verschiedentlich mitgeteilt, weilt das Kronprinzenpaar mit der Prinzessin Viktoria Luise vielfach in St. Moritz und nimmt an den sportlichen Ereignissen regen Anteil. Die Konkurrenz ist derartig groß, daß an den einzelnen Rennen 20 und mehr Bobs teilnehmen. Wie verlautet, beabsichtigt das Kronprinzenpaar, seinen Aufenthalt in Celerina-St. Moritz noch bis Ende Februar auszudehnen, vorausgesetzt, daß der Wintersport bis dahin im Gange bleibt. Am 29. Februar gedenkt der Kronprinz wieder mit der Kronprinzessin in Langfuhr einzutreffen.

Deutscher Radsport in Stockholm. Zu den Olympischen Spielen werden vom Deutschen Radfahrer-Bunde außer den besten Amateur-Straßenfahrern auch einige Sportsleute entsandt werden, die im Radpolo und Radballspiel, möglichst auch im Kunst- und Reigenfahren Hervorragendes leisten, um den anderen Nationen Proben ihres Könnens vorzuführen. Die Auswahl der Straßenrennfahren erfolgt auf Grund von Prüfungsfahrten über rund 300 Kilometer, die von den einzelnen Gauverbänden im Laufe des Monats Mai veranstaltet werden. Für den Gau 20 (Berlin und Provinz Brandenburg) ist ein solcher Wettbewerb für den 5. Mai angesetzt, der im Falle ungünstiger Witterung dann am 16. oder 19. Mai wiederholt werden könnte.

Letzte Nachrichten.

Neue Verurteilung des Grafen Metternich.

a. **Berlin**, 19. Febr. Graf Gisbert Wolff-Metternich wurde heute von der 5. Strafkammer des Landgerichts III wegen wissentlich falscher Anschuldigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Von der Anklage des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der Beleidigung wurde er freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte die Anklage in vollem Umfange aufrecht erhalten und vier Monate Gefängnis beantragt.

Die Kossuth-Partei gibt die Obstruktion auf.

f. **Budapest**, 19. Febr. Im Abgeordnetenhause verlautete heute, daß zwischen der Regierung und der Kossuth-Partei eine Einigung zustande gekommen sei. Anregung hierzu habe die letzte Rede des Grafen Apponyi im Abgeordnetenhause gegeben, wonach für dieses Jahr eine Wahlvorlage zu erwarten sei. Die Regierung soll ferner einem Wunsch der Kossuth-Partei in Bezug auf die Wehrvorlage nachgekommen sein und insbesondere die Militärstrafgesetzvorlage von dieser Vorlage abgesondert haben. Die Kossuth-Partei wird sich daher nicht weiter an der Obstruktion gegen die Wehrvorlage beteiligen. Dagegen beharrt die Justh-Partei weiter auf ihrem ablehnenden Standpunkt.

Vom türkisch-italienischen Kriege.

H.T.B. **Mailand**, 19. Febr. Der in Brindisi eingetroffene Kapitän des Dampfers „Barion" hat ein Telegramm aufgefangen, welches die montenegrinische Regierung erhalten hat und welches meldet, daß die Malissoren beim Morgengrauen am 16. Februar ein türkisches Lager überfallen und 400 türkische Soldaten getötet oder verwundet haben. — In Skutari soll der Belagerungszustand verhängt worden sein.

w. **Rom**, 19. Febr. Nach einer amtlichen Note werden sich die Kriegskosten bis Ende März dieses Jahres auf 150 Millionen Lires belaufen. Der Staatsschatz verfügt noch über 350 Millionen ordentliche Einnahmen.

Absturz.

Heidelberg, 19. Febr. (Privattelegramm.) Der Heidelberger Flieger Naujoks, der einen Flugapparat eigener Konstruktion erprobte, ist mit seinem Flugapparat aus einer Höhe von 8 Meter abgestürzt. Der Apparat wurde zertrümmert, der Flieger blieb unverletzt.

Totschlag.

m. **Kempten** im Allgäu, 19. Febr. Der 21jährige Tagelöhner Leonhard Kuhn wurde in der vergangenen Nacht bei Settenberg ermordet aufgefunden. Er ist durch Stockhiebe auf dem Heimwege erschlagen worden. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Mord.

Rosenheim, 19. Febr. In dem Dorfe Reit wurde gestern nachmittag nach einem Streite der 78jährige Forstwart Johann Modl von seinem Sohn, der eigens zu einer Auseinandersetzung eingetroffen war, mit einem Revolver erschossen. Der Täter stellte sich darauf selbst der Polizei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120220016/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital: 160 Millionen Mark. — Reserven: 32 Millionen Mark.
Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklassigen Wertpapieren.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 206,50, Diskonto 190,12, Deutsche Bank 264, Berliner Handelsgesellschaft 173, Dresdner Bank 157,75, Kommerz- und Diskontobank 116, Russische Anleihe von 1902 91,25, Türkenlose 170,50, Lombarden 18,25, Kanada 231,50, Baltimore 105, Laurahütte 178,12, Bochumer Guss 226,50, Gelsenkirchen 202,87, Harpener 197,87, Deutsch-Luxemburg 186,50, Phönix 255,50, A. E.-G. 261,62, Siemens & Halske 238,87, Hamburger Paketfahrt 141,50, Nordd. Lloyd 105,50, Grosse Berliner Strassenbahn 191,87, Aumetz-Friede 189,75, Hansa 216,50. Tendenz: Schwach.

Am Kassamarkt notierten höher: Patzenhofer Brauerei 2,50, Görlitz Lüders 2,50, Horch Motorwagen 2,25, Vogtländ. Masch. 10, Nitritfabrik 5, Deutsche Steinzeug 2,50, Hagelberg Luxuspapier 2,10, Nordd. Steingut 2,75, Zellstoff Waldhof 2,10; niedriger: Berliner Terrain- und Bauverein 4, Julius Berger 3, Deutsche Erdölgesellschaft 4,50, Gebhardt & König 3, Exzelsior Fahrrad 2,50, Frister & Rossmann 2,10, Kappel Masch. 4,50, Linke Waggon 4, Baer & Stein 3,50, Zeitzer Masch. 3, Höchster Farben 3,75, Gladbacher Wolle 3, Riedel 4, Königsborn 2,50, Konsolidation 8, Hedwigshütte 2,50, Vorwohler Zement 2,75, Rosenthal Porzellan 2,75, Kronprinz Metall 3.

•

Zum Kurszettel. Berlin, 19. Febr. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 —,—,—. 4% Bayrische Staats-Anl. 100,70bG. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 100,90b. 4% Schwarzburg-Sondershausen —,—,—. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 —,—,—. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile 99,75b. 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 93,75G. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 —,—,—. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 99,90B. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 —,—. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 99,75G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 —,—,—. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —,—. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 —,—,—. 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1918 99,60bG. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909 unk. 19 99,40G. 4proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII —,—,—. 3½% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 konv. —,—,—. 4½% Deutsche Solvay-Werke 102,80G 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 104,00B. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 102,00G. Vereingte Lausitzer Glashütten 394,00bG.

Londoner Börse vom 19. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 78,93, Rio Tinto 70,50, Geduld 0,93, Goldfields 3,78, Steel com. 61,62, Steel prefs. 111,00, Rand Mines 6,07, Anaconde 7,44, Eastrand 2,63, Chartered 1,40, Aurora West 0,46, Cinderella Deep. 1,06, Johannesburg Goldfields 0,25, Van Ryn 3,75, Albus (Generals) 1,03, Rand Collieries 0,28, West Rand Consols 9/0, General Mining & Fin. 1,03, A. Görz & Co. 0,87, Modderfontain 10,37.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 19. Februar.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Adolfsglück-Aktien	61	63	Johannashall	—	5400
Alexandershall	11,800	12,000	Justus-Aktien	91	93
Beienrode	7100	7300	Kaiseroda	—	11400
Bismarckshall-Akt.	—	119	Krügershall-Aktien	133 1/2	134 1/2
Burbach	14900	15100	Ludwigshall-Aktien	70	71
Carlsfund	6950	7100	Neusollstedt	3525	3575
Deutsche Kali-Akt.	—	—	Neustassfurt	—	12000
Friedrichshall-Akt.	130	132	Nordhäuser Kali-A.	118	120
Glückauf-Sondersh.	21500	22200	Prinz Adalbert-Akt.	51 3/4	52 3/4
Grossherz. v. Sachsen	10200	10600	Reichskrone (Lossa)	—	—
Günthershall	5150	5250	Richard	—	25
Hannov. Kali-Aktien	81	83	Ronnenberg-Aktien	124 1/2	125 1/2
Hansa Silberberg	7750	7825	Rothenberg	3275	3350
Hattorf-Aktien	—	131,00	Sachsen-Weimar	7800	7900
Heiligenroda	9500	9650	Salzdetfurth-Aktien	325	330
Heldburg-Aktien	73 1/2	74 1/4	Salzmünde	6750	7000
Heldrungen I	1350	1425	Siegfried I	6650	6750
Heringen	6600	6700	Siegmundshall-Akt.	192	194
Hermann II	1875	1925	Teutonia-Aktien	90	92
Hohenfels	7450	7550	Walbeck	5100	5300
Hohenzollern	7150	7300	Wilhelmshall	12350	12450
Hugo	11000	11200	Wintershall	19000	20000
Immenrode	—	5300			

Zunahme des Güterverkehrs in Mitteldeutschland.

Wie alljährlich, so ist auch in diesem Jahre zwischen Vertretern der mitteldeutschen Industrie und Landwirtschaft und den beteiligten Eisenbahnverwaltungen und Bergbehörden eine Besprechung über den voraussichtlichen Umfang des Güterverkehrs im Jahre 1912 abgehalten worden. Die Verkehrtreibenden gaben im Laufe der Beratung wertvolle Aufschlüsse über den zu erwartenden Güterverkehr und stellten eine weitere günstige Entwickelung desselben in Aussicht. Die Versandzunahme wurde für das Jahr 1912 im Vergleich zum Vorjahre geschätzt: für Düngemittel (ausschliesslich Salze) auf 10 Proz., für Kalisalze auf 7,5 Proz., für Braunkohlen und Braunkohlenbriketts auf 18 bis 20 Proz. Bei den Zuckerrüben und demgemäss bei Zucker wurde ein Versand angenommen, der etwa dem des Jahres 1910 gleichkommt.

Das Kaligeschäft

hat mit dem Umschwung der Witterung eine derartige Ausdehnung genommen, dass am Montag die grösste Auftragsziffer seit Bestehen des Syndikats zu verzeichnen war.

Anleihe der Stadt München. Die Stadt München begab die neue 4proz. Anleihe von 15 Mill. Mk. freihändig an eine unter Führung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank stehende Gruppe von zwanzig Banken zum Kurse von 99,15 Proz. Die Tilgung der Anleihe erfolgt vom Jahre 1913 an mit 2 Proz. jährlich. Auslosung und Kündigung ist bis zum Jahre 1942 ausgeschlossen.

Dividendenvorschläge für 1911. Krefelder Bank 6½ (6) Proz. — Stader Bank 4½ Proz. — Bremer Wollwäscherei 7 (8) Proz. — Zwickauer Kammgarnspinnerei 15 (18) Proz. — Zwickauer Baumwollspinnerei 12 (10) Proz. — Betonwerke Meyer & Lange in Gelsenkirchen 4 Proz. — Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei Bamberg 7½ (10) Proz. — Leipziger Braunkohlenwerke Kulkwitz 12 (14) Proz. — Berliner Viehkommissions- und Wechselbank wieder 7 Proz. — Wiener Unionbank 33 (32) Kr. — Dresdner Nähmaschinenzwirnfabrik 4 (5) Proz.

Deutsche Grundkreditbank in Gotha. In 1911 betrugen einschliesslich 349 430 (311 459) Mk. Vortrag die Gesamteinnahmen 16 128 309 (15 126 769) Mk., darunter 14 627 417 (13 785 881) Mk. Darlehnszinsen, 497 578 (456 449) Mk. Provisionen und 590 328 (508 423) Mk. Zinsen aus Effekten, Wechsel usw. An Pfandbriefzinsen wurden 12 480 742 (11 750 558) Mk. verausgabt. Nach Abzug der sonstigen Aufwendungen stellt sich der Reingewinn auf 2 246 198 (2 232 220) Mk., aus dem wieder 9 Proz. Dividende verteilt werden sollen bei einem Vortrag von 351 779 Mk. Laut Geschäftsbericht belief sich der Hypothekenbestand Ende 1911 auf 346 260 241 (324 812 836) Mark. In Umlauf waren insgesamt 327 286 400 (305 830 000) Mark Pfandbriefe, davon 51 631 900 (55 002 500) Mk. 3½proz. und 275 654 500 (250 827 500) Mk. 4proz. Pfandbriefe.

Die Norddeutsche Grundkreditbank in Weimar erzielte im Jahre 1911 ein Bruttoerträgnis von 4 673 312 (4 181 388) Mk. Davon stammten aus Hypothekenzinsen 4 214 776 (3 833 390) Mk., Pfandbriefzinsen nahmen demgegenüber 3 636 870 (3 241 104) Mk. in Anspruch. Der Ueberschuss beträgt 677 133 (666 380) Mk. Daraus soll, wie bereits mitgeteilt, wieder eine Dividende von 6 Proz. auf das 7,5 Mill. Mk. betragende Aktienkapital gleich 450 000 Mk. gezahlt, 50 000 (20 000) Mk. für Disagio zurückgestellt und 40 000 (60 000) Mk. dem Zinsen- und Provisionsvortrag zugeführt werden. Nach dem Geschäftsbericht betrug die Gesamtsumme der am Jahresschluss umlaufenden Pfandbriefe 93 476 075 (83 561 870) Mk., an Hypotheken besass die Bank Ende 1911 99 763 347 (89 214 740) Mk.

Die Sächsische Bank erzielte in 1911 bei ungefähr gleichen Durchschnittssätzen im Diskont- und Lombardverkehr befriedigende Erträgnisse. Der Reingewinn beträgt laut Geschäftsbericht 2 826 133 (2 815 915) Mk. und gestattet bekanntlich die Verteilung von wieder 8 Proz. Dividende; der Aufsichtsrat erhält 132 155 (132 148) Mk., die Direktion 66 077 (66 074) Mk., Filialvorsteher und Beamte 73 317 (73 262) Mk. Als Vortrag dienen 24 794 (10 856) Mk.

Portlandzementverdingung. Wie aus Breslau berichtet wird, sind bei der Verdingung von 24 Mill. kg Portlandzement oder Eisenportlandzement durch die Eisenbahndirektion Breslau nur zwei Offerten eingegangen. Das Oberschlesische Zementsyndikat bot das ganze Quantum mit 2,30 Mk. in Säcken und mit 2,65 Mk. in Fässern an, das Eisenwerk Kraft bei Stettin offerierte 3 Mill. kg in Säcken zu 2,25 Mk. mit 20 Pfg. Vergütung per leeren Sack.

Wurzener Bank in Wurzen. Das Unternehmen erzielte einen Reingewinn von 317 000 (i. V. 301 615) Mk. Der Aufsichtsrat beantragt wiederum 11 Proz. Dividende.

Kapitalserhöhung der Grube Leopold bei Edderitz Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat beschloss, der Generalversammlung für 1911 die Verteilung einer Dividende von 7½ (i. V. 6) Proz. auf das unveränderte Aktienkapital von 4 000 000 Mk. vorzuschlagen. Es wird ferner beantragt, zu Abschreibungen 512 165 (317 888) Mark zu verwenden, dem Reservefonds 20 464 (15 132) Mk., der Spezialreserve 40 000 (30 000) Mk. zuzuweisen und 17 237 (4677) auf neue Rechnung vorzutragen. Gleichzeitig soll der Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 1 000 000 Mk. auf 5 000 000 Mk. zwecks Beschaffung der durch die Erweiterung der Betriebe erforderten Mittel vorgeschlagen werden. Die neuen Aktien werden von der Nationalbank für Deutschland übernommen und den Aktionären zu 130 Proz. angeboten.

Chemische Fabrik Helfenberg, A.-G. vorm. Eugen Dieterich. Der Generalversammlung wird eine Dividende von 9 Proz. (wie im Vorjahr) vorgeschlagen.

Porzellanfabrik Schönwald. Der Aufsichtsrat beschloss, der am 12. März stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 2 Proz. gegen 0 Proz. in den 3 Vorjahren vorzuschlagen.

In Sachen der aufregenden Millioneninsolvenz der Herren- und Knabenkonfektionsfirma Moritz Panke in Posen fand am letzten Sonntag im Sitzungssaale des Gläubigerschutzverbandes für Handel und Industrie zu Berlin unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Bamberg eine Gläubigerversammlung statt. Nach dem von den Kridaren dem Generalsekretär des Verbandes vorgelegten Status belaufen sich die Passiva der Firma auf 1 144 005,42 Mk., denen an Aktiven 378 935,33 Mk. gegenüberstehen. Die Firma strebt einen aussergerichtlichen Akkord an auf der Basis von 45 Proz. unter Bürgschaft. Im Konkursfalle würden ungefähr 33⅓ Proz. in der Masse liegen. Da sich im Verlauf der Verhandlung ergab, dass verschiedene Punkte der Angelegenheit sehr stark aufklärungsbedürftig seien, so wurde von einem Versammlungsteilnehmer der Antrag gestellt, selbst auf ein höheres Angebot als 45 Proz. überhaupt vorläufig nicht einzugehen, sondern es wurde — wie die „Textil-Woche" erfährt — eine Kommission von 4 Herren, teils aus Berlin, teils aus Posen erwählt, welche unter Mitwirkung von Sachverständigen die Sachlage einer strengen Prüfung an Ort und Stelle unterziehen soll. Eine zweite Gläubigerversammlung ist für den kommenden Sonntag in Aussicht genommen.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 19. Febr. Am Frühmarkt sortierten Weizen inländ. 212,50–213,00 ab Bahn und frei Mühle. Roggen inländ. 191,00–191,50 ab Bahn und frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussisch., posenscher und schlesischer fein 210—215, mittel 205—209, gering 202—204, russisch. und Donau mittel 202–207, gering 198–201 ab Bahn und frei Wagen. Mais amerikanischer mixed. 187—190, abfallender — — —, runder 186,00–189,00 frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 185,00 190,00. gute 191—202, russische und Donau leichte 181,00–185,00, schwere 186 190 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländische und ausländische Futterware mittel 183–189, Taubenerbsen 190–198 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 26,00 bis 29,00. Roggenmehl 0 und 1 22,70–24,70. Weizenkleie 14,25–14,65. Roggenkleie 14,35–14,90.

Hamburg, 19. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen ruhig, Ostholst., Mecklbg., 213–214. Roggen still, Mecklburg. und Pomm., 194–195, Gerste ruhig, südruss. 157–159. Hafer ruhig, Holsteiner. — — Mecklenburger — — —, neuer Holsteiner und Mecklenburger 207 bis 212. Mais ruhig. La Plata —, mixed 137 138, mixed loco 137.

Liverpool, 19. Febr. Roter Winterweizen per März 7,10 1/8, per Mai 7,4 3/4 Ruhig. Mais, März 6,8 1/8, La Plata Mai 6,0. Flau.

Pest, 19. Febr. Weizen per April 11,84 G., 11,85 B., Mai 11,76 G., 11,77 B. Roggen per April 10,64 G., 10,65 B. Hafer per April 10,38 G., 10,34 B. Mais per Mai 8,91 G., 8,92 B., per Juli 8,88 G., 8,88 B., per Aug. —,— G., —,— B. Raps Aug. 15,65 G., 15,75 B.

Zucker.

Hamburg, 19. Febr. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Februar	16,35	16,40	16,40 M.
„ März	16,50	16,47 1/2	16,55 „
„ April	16,60	16,60	16,67 1/2 „
„ Mai	16,70	16,75	16,77 1/2 „
„ August	16,77 1/2	16,82 1/2	16,82 1/2 „
„ Okt.-Dez.	11,90	11,90	11,87 1/2 „
	lebhaft	stetig	behauptet

Kaffee.

Hamburg, 19. Febr. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	65 G.	65 3/4 G.	65 3/4 G.
„ Mai	65 1/2 G.	66 1/4 G.	66 1/4 G.
„ September	65 3/4 G.	66 1/4 G.	66 1/4 G.
„ Dezember	65 1/4 G.	66 G.	66 G.
	behauptet	behauptet	behauptet

Havre, 19. Febr. Kaffee good average Santos per März 81 3/4, per Mai 80 1/4, per Sept. 79 3/4, per Okt. 79 1/2. Ruhig.

Rio de Janeiro, 19. Febr. Kaffee-Zufuhren 6,000 Sack in Rio 11,000 Sack in Santos.

Eier.

Berlin, 19. Febr. Eier pro Schock, vollfrische ausländische —,— bis —, , in- und ausländische bessere Sorten 6,60—6,80, in- und ausländische geringere Sorten — — —, zweite Sorten —, —,—, Kühlhauseier —, Kalkeier —, kleine Eier 5,80–6,00 M. Ruhig.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Magdeburg, 19. Febr. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 33,50–34,00. Fest.

Berlin, 19. Febr. Kartoffelmehl und -Stärke 33,50. Feuchtes Kartoffelmehl —,—.

Spiritus.

Nordhausen, 19. Febr. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—160 l) 91,00—92,00 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 101,75—102,75 Mark per Januar 1912 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Hamburg, 19. Febr. Stadtschmalz 53,50, amerik. Steam 44,00. Chamberlain 45,25.

Chemische Produkte.

Hamburg, 19. Febr. Chilisalpeter per loko 10,15, Febr.-März 9,90 frei Fahrzeug Hamburg. Fest.

Wolle.

Bremen, 19. Febr. Baumwolle still. Upl. loko middl. 54,00 Pfg.

Liverpool, 19. Febr. Baumwolle. Umsatz 8 000 Ballen, Import 15000 Ballen, davon Amerikaner 14000 Ballen.

Alexandria, 19. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 16,14, Mai 16,14, Nov. 16,12.

Liverpool, 19. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 8,54.

Metalle.

London, 19. Februar. Chili-Kupfer stetig 63 5/16, Mon. 64, Zinn Straits ruhig 195 1/2, 3 Mon. 191 3/4. Blei span., stetig 15 7/8, engl. 16 1/8. Zink, gewöhnl. Marke, ruhig 26 3/8, spez. Marke 27 1/4.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	19.2.	17.2.	Chicago.	19.2.	17.2.
Weizen p. Mai	104 3/8	104 5/8	Weizen p. Mai	100 3/8	100 3/8
„ „ Juli	100 3/4	100	„ „ Juli	95 1/8	94 7/8
Mais prompt	72 1/4	71 3/4	Mais p. Mai	67 3/8	67 1/2
„ p. Mai	—	—	„ „ Juli	67 1/8	67 1/8
Mehl Spring clears	4,30	4,30	Hafer p. Mai	52 3/8	52 1/8
Kaffee Fair Rio Nr. 7	14 1/4	14 1/4	„ „ Juli	47 3/4	47 3/8
„ p. Febr.	13,19	13,15	Roggen prompt	93 3/4	93 1/2
„ p. März	13,24	13,18	Schmalz p. Juli	9,02 1/2	9,05
Petroleum in Cases	9,90	9,90	„ „ Mai	9,15	9,17 1/2
do. in New York	8,10	8,10			
do. in Philadelphia	8,10	8,10			

Tendenz: Weizen stetig. Mais stetig.

Schiffsnachrichten.

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)

Dampfer-Expeditionen in der Zeit vom 18. bis 24. Februar 1912: Ab Bremerhaven: Prinz Friedrich Wilhelm 20. Febr. nach New York über Southampton-Cherbourg. Halle 20. Febr. nach Brasilien. Kleist 21. Febr. nach Ostasien. Chemnitz 24. Febr. nach New York. Rhein 24. Febr. nach Philadelphia und Baltimore. Zieten 24. Febr. nach Kanada. Helgoland 24. Febr. nach Australien. Erlangen 24. Febr. nach Brasilien. — Ab New York: George Washington 24. Febr. nach Bremen über Plymouth und Cherbourg. — Ab Baltimore: Neckar 24. Febr. über Bremen. — Ab Genua: Therapia 21. Febr. nach Odessa über Neapel, Konstantinopel usw. Lützow 22. Febr. nach Ostasien. Bülow 21. Febr. nach Bremen über Algier usw. — Ab Marseille: Prinzregent Luitpold 21. Febr. nach Alexandrien direkt. — Ab Alexandrien: Prinz Heinrich 24. Febr. nach Genua über Neapel. — Ab Yokohama: Prinz Eitel Friedrich 24. Febr. nach Bremen über Hongkong, Singapore usw. — Ab Sydney: Friedrich der Grosse 21. Febr. nach Bremen über Melbourne, Colombo usw.

Neueste Dampferbewegungen:

George Washington 14. Febr. von Cherbourg. Neckar 16. Febr. in New York. Breslau 15. Febr. Borkum-Riff passiert. Wittenberg 15. Febr. Dover pass. Eisenach 14. Febr. von Vigo. Bonn 16. Febr. von Antwerpen. Heidelberg 14. Febr. von Oporto. Aachen 13. Febr. in Rio de Janeiro. Gneisenau 15. Febr. Borkum-Riff pass. Greifswald 16. Febr. Borkum-Riff pass. Schwaben 14. Febr. in Adelaide. Lützow 14. Febr. von Southampton. Prinzess Alice 14. Febr. in Suez. York 15. Febr. in Penang. Prinz Eitel Friedrich 13. Febr. in Tsingtau. Kronprinz Wilhelm 13. Febr. von New York. Willehad 14. Febr. in Bremerhaven. Brandenburg 15. Febr. von Galveston. Chemnitz 15. Febr. in Bremerhaven. Coburg 15. Febr. Las Palmas pass. Germanicus 15. Febr. in Norfolk. Halle 15. Febr. in Antwerpen. Würzburg 15. Febr. von Santos. Königin Luise 15. Febr. von Southampton. Helgoland 15. Febr. in Antwerpen. Lothringen 15. Febr. von Melbourne. Bülow 15. Febr. von Port Said. Derfflinger 15. Febr. in Tsingtau. Prinz Ludwig 16. Febr. in Antwerpen. Goeben 15. Febr. von Penang. Prinz Heinrich 15. Febr. in Genua. Prinzregent Luitpold 14. Febr. von Alexandrien.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	17. Febr.	+0,50	18. Febr.	+0,50	—	—
Nebra, Oberpegel	„	+1,80	„	+1,90	—	10
„ Unterpegel	„	+1,30	„	+1,26	4	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,48	„	+2,44	4	—
„ Unterpegel	„	+0,50	„	+0,44	6	—
Trotha	18.	+1,88	19.	+1,86	2	—
Alsleben, Oberpegel	17.	+2,40	18.	+2,40	—	4
„ Unterpegel	„	+1,42	„	+1,36	6	—
Bernburg	„	+1,06	„	+1,00	—	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,60	„	+1,54	6	—
„ Unterpegel	„	+0,78	„	+0,80	—	2

Isar. Eger. Elbe. Moldau.

	Febr.		Fall	Wuchs		Febr.		Fall	Wuchs
Jungbunzl.	17.	+0,08	2	—	Wittenberg	18.	+2,46	32	—
Laun	„	+0,42	—	2	Rosslau	„	+1,74	—	10
Budweis	„	−0,12	2	—	Barby	„	+2,30	—	86
Prag	„	+0,38	11	—	Schönebeck	„	+2,10	—	28
Pardubitz	„	+0,46	3	—	Magdeburg	„	+3,78	—	194
Brandeis	„	+0,89		—	Tangermde.	„	+2,58	—	12
Melnik	„	+0,20	6	—	Wittenbrge.	„	+2,16	—	5
Leitmeritz	18.	+1,42	6	—	Dömitz	17.	+0,37	23	—
Aussig	„	+0,55	19	—	Boizenburg	„	+0,71	—	9
Dresden	„	−1,00	4	—	Hohnstorf	18.	+1,02	—	10
Torgau	„	+1,20	—	—	Lauenburg	„	+1,01	—	10

Aussig, 18. Februar. Pegelstand plus 55 cm. Vom Oberlauf werden 45 cm Fall gemeldet.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle Ilmenau. Montag, 19. Februar, 8 Uhr morg.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Das Tief im Westen hat zugenommen, verbreitet seinen Einfluß nach Osten und drängt das südliche Hoch nach Süden. Wir haben zunächst noch mildes aber feuchtes Wetter, danach Eindringen von nördlicher Kälte zu erwarten.

Witterungsaussicht für den 20. Februar:

Wind etwas lebhafter, vorwiegend bewölkt, zeitweise Regen, mild, später Abkühlung.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

21. Februar: Wolkig, vielfach heiter, schön.
22. Februar: Wolkig mit Sonnenschein, wärmer, milde.
23. Februar: Vielfach heiter, milde.
24. Februar: Bewölkt, feucht, Niederschläge, windig, kühl.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120220016/fragment/page=0005

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q_1 quartaliter	1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q_2 do.	1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q_3 do.	1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 19. Febr. 1912

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85 — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16
1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Letrl.: 20 40 M.

Berlin, Bankdiskont 5%, Lombardzinsfuß 6%, Privatdiskont 4%.

Nachdr. verb.

Wechselkurse

Amst.-Rtt.	8 T.	4	169.40B
Brüss. u.A.	8 T.	4½	80.80G
Kopenhg.	8 T.	5	112.30b
London	vista	3½	20.485bB
do.	8 T.	3½	—.—
do.	3 M.	3½	20.305G
Madr. u B.	14 T.	4½	75.25B
Neuyork	vista	—	4.195G
Paris	vista	—	81.075b
do.	8 T.	3½	—.—
do.	2 M.	3½	80.55G
Wien	8 T.	5	84.925bG
do.	2 M.	5	—.—
Schweiz	8 T.	4	80.90bB
Stockhlm.	10 T.	4½	112.35B
Ital. Plätze	10 T.	5½	80.50bB
Petersb.	8 T.	4½	215.80G
Warschau	8 T.	4½	—.—

Gold, Silber, Banknoten

Sovereigns p. Stück	—
20-Frank-Stücke	16.26b
N.Russ.Gold p.100R	216.20bG
Amerik. Noten	4.195b
do. do. kleine	4.185b
do. Kup.z.N.-Y.	4.185b
Belgische Noten	80.80b
Engl. Banknoten 1 L.	—.—
Franz.Bankn. 100Fr.	81.15b
Holländ. Banknoten	169.45b
Italienische Noten	—.—
Norwegische Noten	—.—
Schwedische Noten	—.—
Schweizer Banknot.	81.00b
Oest. Noten 100 Kr.	85.00b
Russ. Noten 100 R.	216.40b
do. Zoll-Kup. kl.	323.60b

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120220016/fragment/page=0006
DFG